9. Chronologie der Europäischen Integration 1998

Zusammengestellt von TOBIAS SCHUMACHER

Januar

Präsidentschaft

1. Januar: Turnusgemäß geht der Ratsvorsitz von Luxemburg an Großbritannien über. Im Mittelpunkt der Präsidentschaft steht die Einführung des Euro, die Erweiterung der Union, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien

1. Januar: Das zwischen der Gemeinschaft und der ehemaligen jugoslawischen Republik Makedonien ausgehandelte Kooperationsabkommen tritt zusammen mit einem Finanzprotokoll in Kraft.

GASP / Kenia

6. Januar: In einer Gemeinsamen Erklärung erweisen die Fünfzehn den Kenianern ihre Anerkennung für die Art und Weise, in der sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben und äußern sich zuversichtlich, daß die Wahlen trotz erheblicher Mängel, als ein weiterer Schritt des Landes zu mehr Demokratie gesehen werden können.

GASP / Burundi

7. Januar: In einer Gemeinsamen Erklärung verurteilen die Fünfzehn das Massaker an Zivilpersonen in Rukaramu und fordern gleichzeitig alle Beteiligten dazu auf, die Menschenrechte zu achten und einen Dialog aufzunehmen, um Frieden, Sicherheit und Wohlstand herbeizuführen.

EU – Japan

12. Januar: In Tokyo findet das Gipfeltreffen zwischen Vertretern der EU und Japan statt. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die asiatische Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Zusammenarbeit in der WTO. Beide Parteien erklären sich bereit, die Zusammenarbeit zu verstärken und auf Bereiche wie die Bekämpfung der Antipersonenminen, die Entwicklungshilfe, die Sozialpolitik, die Beschäftigung, die Bildung und den Forschungs- und Technologiesektor auszudehnen.

Europäisches Parlament (EP)

12.-16. Januar: Plenartagung des EP in Straßburg. Tagesordnungspunkte der Sitzung sind die Vorstellung des Programms des britischen Ratsvorsitzes und eine Debatte über die Einführung des Euro. Neben der Annahme einer Entschließung zu verschiedenen Aspekten der Euro-Einführung verurteilt das EP die Terrorattentate im Baskenland und das Klonen von Menschen.

EU – USA

15. Januar: In Washington findet das Ministertreffen EU-USA statt, bei dem es in erster Linie um die Perspektiven der transatlantischen Partnerschaft und um Fragen von gemeinsamen Interesse geht. Dazu gehören die Beziehungen zum Iran, das Helms-Burton-Gesetz, das d'Amato-Gesetz und die Finanz- und Wirtschaftskrise in Südostasien.

EU – Kanada

16. Januar: Im kanadischen Ottawa tagen der britische EU-Ratsvorsitzende Cook und Kommissionsvizepräsident Brittan mit dem kanadischen Außenminister Axworthy über die Lage in Algerien, die Auswirkungen der asiatischen

Finanzkrise und die Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion auf den bilateralen Handel.

Wirtschaft und Finanzen

19. Januar: Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister der Gemeinschaft in Brüssel. Dabei geht es um das Konvergenzprogramm Italiens, die Stückelung und die technischen Merkmale der Euro-Münzen sowie um das Europäische System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen.

Landwirtschaft

20. Januar: Tagung der Landwirtschaftsminister der EU in Brüssel. Im Mittelpunkt der Zusammenkunft stehen die Marktorganisation für Bananen, die Förderungsmaßnahmen für Rindfleisch, das Gleichstellungsabkommen mit den USA im Veterinärbereich, der Umweltschutz und Aufforstungsmaßnahmen in der Landwirtschaft sowie eine Aussprache über Hormonarten.

GASP / Türkei

21. Januar: In einer Gemeinsamen Erklärung äußern die Fünfzehn ihr Bedauern über das vom türkischen Verfassungsgericht verhängte Verbot der Refah-Partei. Sie appellieren an die Türkei, sich weiterhin den grundlegenden demokratischen Grundsätzen verpflichtet zu fühlen.

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

21.-22. Januar: In Wien tagt zum ersten Mal die 1996 geschaffene europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und legt dabei ihr Tätigkeitsprogramm für 1998 fest. Das neue Organ errichtet das Informationsnetz RAXEN, das sowohl mit Universitäten als auch staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen zusammenarbeitet.

Ostsee-Rat

22.-23. Januar: In Riga treffen sich die Regierungschefs der 11 Mitgliedstaaten des Ostseerates und beraten über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Osterweiterung der EU, die Energiemärkteintegration, die Bekämpfung des organisierten Verbrechens sowie über die Hochschulbildung.

Island

22. Januar: Der isländische Außenminister Asgrimsson stattet der Kommission einen Besuch ab, bei dem es in erster Linie um die bilateralen Beziehungen, das Funktionieren des EWR-Abkommens und den in diesem Rahmen stattfindenden politischen Dialog geht. Außerdem beraten die Parteien über den zukünftigen Status Norwegens und Islands in dem zukünftig in die Gemeinschaft integrierten Schengener Abkommen.

Allgemeine Angelegenheiten

26. Januar: Zentrale Themen der Tagung der für Allgemeine Angelegenheiten zuständigen Minister der EU sind die Lage in Algerien sowie der Aktionsplan, mit dem Zustrom irakischer Emigranten begegnet werden soll.

Russische Föderation

27. Januar: In Brüssel tagt zum ersten Mal der Kooperationsrat EU-Rußland. Dabei zeigen sich beide Parteien davon überzeugt, daß das Abkommen eine größere Übereinstimmung ihrer bilateralen Beziehungen herbeiführen wird. Sie beziehen sich in ihren Gesprächen auf außenpolitische Fragen, die Verbrechensbekämpfung, die Handelsbeziehungen und auf neue Kooperationsbereiche im Raumfahrt- und Umweltsektor.

Europäisches Parlament (EP)

28.-29. Januar: Plenartagung des EP in Brüssel. Im Mittelpunkt der zweitägigen Debatte stehen die Aussprachen über die Kriminalität, Rassismus und die Vereinbarkeit politischer Mandate mit der Funktion als Kommissionsmitglied. Das EP nimmt Entschließungen an zur Mitteilung über Drahtlos- und Mobilkommunikation, zu den transeuropäischen Wassernetzen und zur Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

28.-29. Januar: Der WSA tritt zu seiner 351. Sitzung zusammen und nimmt Stellungnahmen zu folgenden Themen an: Lernen in Europa; Wege zur Stadtentwicklung; die EU und die Raumfahrt; Europäische Umweltagentur; elektronische Zahlungsmittel; computergesteuerte Buchungssysteme; Lebensmittelpreise; transeuropäische freeways für den Schienengüterverkehr.

Februar

Europa-Abkommen

1. Februar: Die zwischen der EU und den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen abgeschlossenen Europa-Abkommen treten in Kraft.

Ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien

4.-5. Februar: Ministerpräsident Crvenkovski stattet Kommissionspräsident Santer und Kommissionsmitglied Van den Broek einen Besuch ab, bei dem es in erster Linie um die Durchführung des neuen Kooperationsabkommens sowie um den politischen Dialog zwischen beiden Parteien geht.

Naher Osten

6.-10. Februar: Auf einer Rundreise durch den Nahen Osten stattet Kommissionspräsident Santer Ägypten, Israel, den Palästinensischen Gebieten, Jordanien, Syrien und dem Libanon einen Arbeitsbesuch ab. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen der Barcelona-Prozeß, der Nahost-Friedensprozeß und die Irak-Krise.

San José

10. Februar: Im Rahmen des Dialoges von San José findet in der gleichnamigen Stadt die 14. Ministerkonferenz zwischen den Vertretern der EU und ihren sechs Amtskollegen aus der San-José-Gruppe statt. In einem gemeinsamen Kommuniqué verweisen die Teilnehmer auf die Fortschritte, die die einzelnen lateinamerikanischen Länder bei der Demokratisierung erzielt haben.

EU – Rio-Gruppe

11.-12. Februar: In Panama findet die achte institutionalisierte Ministertagung der EU und der Rio-Gruppe statt. In einer gemeinsamen Schlußerklärung äußern sich die Teilnehmer zur Drogenbekämpfung und zu dem politischen Dialog sowie der wirtschaftlichen und handelspolitischen Zusammenarbeit.

EU – Andengemeinschaft

12. Februar: In Panama findet ein Treffen zwischen den Vertretern der EU und der Andengemeinschaft statt. Dabei begrüßen beide Parteien sowohl die Fortschritte, die die Andengemeinschaft beim Integrationsprozeß erreicht hat als auch die Ratifizierung des Rahmenabkommens über die bilaterale Zusammenarbeit.

EU – Mexiko

12. Februar: Tagung der Außenminister der EU und ihren Amtskollegen aus Mexiko in Panama. In den Gesprächen begrüßen die Teilnehmer die Unterzeichnung der Abkommen zwischen der Gemeinschaft und Mexiko sowie die gegenwärtigen Arbeiten zu den Verhandlungen über die Liberalisierung des Handels.

EU – MERCOSUR – Chile

12. Februar: Im Rahmen des politischen Dialoges zwischen der EU und dem MERCOSUR findet in Panama eine Ministertagung statt, an der auch die Außenminister Boliviens und Chiles als Beobachter teilnehmen. Alle Parteien untermauern dabei ihr Interesse am Ausbau ihrer Beziehungen in den Sektoren Handel, Investition und Zusammenarbeit und unterstreichen erneut die Bedeutung der Verhandlungen im Hinblick auf den Abschluß eines interregionalen Abkommens.

Forschung

12. Februar: Die für Forschung zuständigen Minister der Gemeinschaft kommen in Brüssel zu Beratungen zusammen und behandeln dabei in erster Linie das fünfte Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung sowie das fünfte Euratom-Programm.

Polen

12.-13. Februar: Kommissionsmitglied Van den Broek stattet Polen einen Besuch ab. In seinen Gesprächen mit Ministerpräsident Buzek und Vertretern des Parlamentes und der politischen Parteien geht es ausschließlich um den Stand der Vorbereitungen Polens zum Beitritt in die EU.

GASP / Ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien

13. Februar: In einer Gemeinsamen Erklärung betonen die Fünfzehn die Wichtigkeit des ersten gemeinsamen Treffens im Rahmen des politischen Dialoges zwischen der EG und der ehemaligen jugoslawischen Republik Makedonien. Ferner betonen sie, daß dieses Treffen als ein bedeutender Schritt beim Ausbau der bilateralen Beziehungen anzusehen ist.

GASP / Iran

14./16. Februar: Zum neunten Jahrestag der Verhängung der Fatwa gegen Salman Rushdie durch den Iran betonen die Fünfzehn in einer Gemeinsamen Erklärung, daß die Morddrohung gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und den Grundsatz der Souveränität der Staaten verstößt, die für den Schutz ihrer Staatsangehörigen verantwortlich sind.

Europäisches Parlament (EP)

16.-20. Februar: In Straßburg findet die Plenartagung des EP statt. Im Mittelpunkt der viertägigen Debatte stehen die Aussprachen über den Tourismussektor, die Ergebnisse der Klimakonferenz, die Irak-Krise sowie über die Lage in Albanien und die Menschenrechte. Das EP nimmt Entschließungen an zu Atomversuchen, zur Lage in Afghanistan und zur Finanzierung der Entwicklung.

Wirtschaft und Finanzen

16. Februar: In Brüssel tagen die Wirtschafts- und Finanzminister der EU. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Grundzüge der Wirtschaftspolitik innerhalb der EU, die Vorbereitungen für die dritte Stufe der WWU, das EIB-Darlehen an Bosnien und Herzegowina, der ermäßigte Mehrwertsteuersatz auf arbeitsintensive Dienstleistungen sowie das Treffen mit dem geschäftsführenden Direktor des IWF über die Entwicklung des asiatischen Finanzsektors.

Landwirtschaft

16.-17. Februar: Die für Agrarpolitik der Gemeinschaft verantwortlichen Minister der EU beraten in Brüssel über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und flankierende Maßnahmen für den Zeitraum 1998-1999, über die Marktordnungen für Rohtabak und Bananen, über das Gleichstellungsabkommen mit den USA im Veterinärbereich sowie Absatzförderungsmaßnahmen für Qualitätsrindfleisch.

Ausschuß der Regionen (AdR)

18.-19. Februar: Der AdR kommt zu seiner 21. Plenartagung zusammen. Der nordrhein-westfälische Minister für europäische Angelegenheiten, Dammeyer, wird zum Präsidenten gewählt. Zum Vizepräsidenten wird der Belgier Chabert ernannt. In der anschließenden Aussprache wird insbesondere die Bedeutung des AdR im Institutionengefüge der EU betont.

GASP / Irak

20. Februar: In einer Gemeinsamen Erklärung betonen die Fünfzehn ausdrücklich ihre Unterstützung für die Vermittlungsreise des UN-Generalsekretärs Annan in den Irak. Sie appellieren an die irakische Führung, die Gelegenheit wahrzunehmen, endlich den Resolutionen des UN-Sicherheitsrates in vollem Umfang nachzukommen.

Allgemeine Angelegenheiten

23. Februar: In Brüssel treffen sich die EU-Außenminister und nehmen Schlußfolgerungen an zur Schweiz, zu China, zum Iran, zum Irak, zum Kosovo sowie zum Friedensprozeß im Nahen Osten.

EU – Baltische Staaten

23. Februar: In Brüssel tagen zum ersten Mal die Assoziationsräte EU-Estland, EU-Lettland und EU-Litauen über den Stand der Beitrittsvorbereitungen der drei Länder, die Handelsbeziehungen zur EU sowie über die Bedeutung des Ausbaus der regionalen Beziehungen.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

25.-26. Februar: Der WSA kommt zu seiner 352. Plenartagung zusammen. Er nimmt Stellungnahmen an zur Schiffbaupolitik, zu Altfahrzeugen, zu Futtermitteln, zur Kartoffelstärkeerzeugung, zu Schadorganismen der Pflanzen sowie zur Bewirtschaftung der Fischereiressourcen im Mittelmeer.

Telekommunikation

26. Februar: Die für Telekommunikation verantwortlichen Minister der EU tagen in Brüssel. Wichtige Punkte sind die angeschalteten Telekommunikationsgeräte und die gegenseitige Anerkennung ihrer Konformität sowie die Mitteilung über die Internet-Administration.

EU – Albanien

27. Februar: In Brüssel findet die Ministertagung EU-Albanien statt. Erörtert werden in erster Linie die regionalen Beziehungen auf dem Balkan. Die EU weist außerdem auf ihre Unterstützung für den Aussöhnungs- und Normalisierungsprozeß in

Albanien hin und betont, daß das Treffen den Ausgangspunkt für eine Vertiefung der Beziehungen darstellt.

März

EU – Ukraine

1. März: Das zwischen der EU und der Ukraine ausgehandelte Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit tritt in Kraft.

GASP / Irak

3. März: Die Fünfzehn begrüßen in einer Gemeinsamen Erklärung die einstimmig angenommene Resolution 1154 des UN-Sicherheitsrates und würdigen die Initiative des UN-Generalsekretärs Annan, den Irak zur Einhaltung der einschlägigen Resolutionen zu bewegen.

GASP / Jugoslawien

3. März: In einer Gemeinsamen Erklärung äußern sich die Fünfzehn zutiefst besorgt über die gewalttätigen Ausschreitungen im Kosovo. Sie appellieren an die Konfliktparteien auf gewaltsame Auseinandersetzungen zu verzichten und den Konflikt friedlich zu lösen. Ferner fordern sie die serbischen Behörden dazu auf, die Menschenrechte bei der Erfüllung ihrer Aufgaben einzuhalten.

Europäisches Parlament (EP)

9.-13. März: Im Mittelpunkt der Debatte steht die Rede des österreichischen Staatspräsidenten Klestil, der die Notwendigkeit einer bürgernahen EU und die Bedeutung subnationaler Ebenen für den Integrationsprozeß betont. Weitere Themen sind die Rechte der Frau, Wettbewerbsfähigkeit, und verschiedene Aspekte der EU-Außenbeziehungen. In Anwesenheit von Kommissionsmitglied Van den Broek und des amtierenden Ratspräsidenten Henderson nimmt das EP eine Entschließung zur Lage im Kosovo an.

Wirtschaft und Finanzen

9. März: Die für Wirtschafts- und Finanzfragen zuständigen Minister der Gemeinschaft tagen in Brüssel über die Empfehlung des Rates zur Entlastung der Kommission zur Ausführung des Haushaltsplans 1996 sowie über die Einsetzung der Gruppe „Verhaltenskodex".

Ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien

11. März: Die Vertreter der EG und der ehemaligen jugoslawischen Republik Makedonien unterzeichnen ein Abkommen über den Handel mit Textilwaren. Danach gelten keine Mengenkontingente mehr, jedoch gibt es für einige Produkte ein System der doppelten Kontrolle.

Ausschuß der Regionen (AdR)

12.-13. März: Der AdR kommt zu seiner 22. Plenartagung zusammen. In Anwesenheit des britischen Sonderbeauftragten für Europaangelegenheiten im Außenministrium, Lord Whitty, nimmt der AdR Stellungnahmen an zur Europäischen Kulturstadt, zum elektronischen Geschäftsverkehr, zur Rahmenvereinbarung über Teilzeitarbeit sowie über eine nachhaltige Verkehrsstrategie.

Europa-Konferenz

12. März: In London findet die Eröffnungstagung der Europa-Konferenz mit den zehn mittel- und osteuropäischen Bewerberstaaten sowie Zypern statt. In einer Schlußfolgerung verweisen die Teilnehmer darauf, daß die erfolgreiche Eröffnung der Tagung die Einleitung eines globalen, evolutiven Prozesses zur Erweiterung der EU darstellt. Mit Blick auf die Türkei betonen sie außerdem, daß die Konferenz allen Ländern offen steht, die zur Teilnahme eingeladen wurden.

Europäisches Währungssystem (EWS)

15. März: Auf Beschluß der Wirtschafts- und Finanzminister sowie der Zentralbankpräsidenten nimmt die griechische Drachme mit einem Leitkurs von 357 Drachmen für 1 ECU wieder am EWS teil. Ferner wird der Leitkurs des irischen Pfundes um 3% aufgewertet und beträgt damit 0,796244 Pfund für 1 ECU.

Landwirtschaft

16.-17. März: Die Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft beraten in Brüssel über das Veterinärabkommen mit den USA, die Ausfuhr von Rindfleisch aus dem Vereinigten Königreich sowie über das Verbot der Verwendung von Risikomaterial angesichts der Risiken, die sich bei der Übertragung von transmissiblen spongiformen Enzephalopathien ergeben können.

Verkehr

17. März: Unter dem Vorsitz des britischen Ratspräsidenten Strang tagen die Verkehrsminister der Gemeinschaft in Brüssel. Die wichtigsten Themen sind dabei die statistische Erfassung des Güterkraftverkehrs sowie die gegenseitige Anerkennung des auf dem KFZ-Kennzeichen angebrachten Unterscheidungszeichens des Zulassungsmitgliedstaates.

Agenda 2000

17. März: Die Kommission nimmt die Mitteilung „Agenda 2000: Die Legislativvorschläge – Allgemeiner Überblick" an. Sie umfaßt Vorschläge zur Landwirtschaft, zu den Struktur- und Kohäsionsfonds, zu den Instrumenten zur Vorbereitung auf den Beitritt sowie zur finanziellen Vorausschau und die interinstitutionelle Vereinbarung.

Justiz und Inneres

19. März: Die Justiz- und Innenminister der Gemeinschaft beraten in Brüssel zu den Themen: Offenheit und Transparenz im Bereich Justiz und Inneres; Gemeinsame Maßnahme betreffend den Straftatbestand der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung; Europol; Übereinkommen über den Entzug der Fahrerlaubnis.

GASP / Jugoslawien

20. März: In einer Gemeinsamen Erklärung in bezug auf den Kosovo beschließen die Fünfzehn ein Waffenembargo, die Verweigerung der Materiallieferung, das für Terrorakte genutzt werden kann; ein Moratorium für Ausfuhrkredite sowie ein Visumverbot für serbische Amtsträger, denen eindeutig Verantwortung für die Sicherheit im Kosovo nachgewiesen werden kann.

Umwelt

23. März: Tagung der Umweltminister der Gemeinschaft in Brüssel. Zentrale Tagesordnungspunkte sind die Abfalldeponien, die Verunreinigung der Luft durch leichte Nutzfahrzeuge, die Begrenzung von Emissionen organischer Verbindungen, das Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen, die Umweltvereinbarung zur Minderung der CO2-Emissionen, die vierte Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt.

Fischerei

24. März: Die für Fischereifragen zuständigen Minister der Gemeinschaft beraten in Brüssel über die Fangquoten für die Nordsee, über Treibnetze und über den Heringsfang, der anderen industriellen Zwecken dient als der Verarbeitung für den unmittelbaren Verzehr.

Wettbewerb

25. März: Im Rahmen einer Entscheidung über Beihilfen an das britische Unternehmen Rolls-Royce erhebt die Kommission keine Einwände gegen staatliche Beihilfen in Höhe von insgesamt 200 Mio. britischen Pfund.

Beitrittspartnerschaft

25. März: Die Kommission genehmigt auf der Grundlage der vom Rat festgelegten politischen Schwerpunkte die Gesamtdokumente der Beitrittspartnerschaften mit Bulgarien, Rumänien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

25.-26. März: Der WSA kommt zu seiner 353. Tagung zusammen. Er nimmt Stellungnahmen an zu externen Aspekten der Wirtschafts- und Währungsunion, zu Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung der KMU, zum Aktionsplan für den Binnenmarkt, zur Beförderung gefährlicher Güter auf Binnenwasserstraßen sowie zur Kraft-Wärme-Koppelung.

China

25. März: In ihrer Mitteilung „Für eine umfassende Partnerschaft mit China" stellt die Kommission fest, daß seit der Einleitung der in ihrer Mitteilung von 1995 festgelegten Initiativen in den bilateralen Beziehungen erhebliche Veränderungen eingetreten sind. Daher legt sie eine neue Partnerschaft fest, die China durch einen intensiveren politischen Dialog stärker in die internationale Gemeinschaft einbinden soll.

GASP / Estland

27. März: In einer Gemeinsamen Erklärung begrüßen die Fünfzehn den Beschluß des estnischen Parlamentes, die Todesstrafe abzuschaffen.

Allgemeine Angelegenheiten

30.-31. März: Die Außenminister der EU beraten in Brüssel über die Vorbereitung des zweiten WTO-Ministertreffens, über den Friedensprozeß im Nahen Osten, über die Beziehungen zu den AKP-Staaten sowie über die Lage im Kosovo und in Kroatien.

Europa-Konferenz

30. März: In Brüssel findet im Rahmen der Anwendung von Artikel O die Ministertagung zur Einleitung des Beitrittsprozesses mit den elf Bewerberstaaten aus Mittel- und Osteuropa sowie Zypern statt. Neben der Betonung der Vorteile und Chancen, die sich für die EU aus dem Prozeß ergeben können, werden auf der Tagung vor allem die nächsten Schritte bei der Durchführung des Beitrittsprozesses, insbesondere die Prüfung des gemeinschaftlichen Besitzstandes, erörtert.

Binnenmarkt

30. März: Bei der Tagung der für Binnenmarktfragen zuständigen Minister der Gemeinschaft in Brüssel geht es v.a. um Anerkennungsfragen, den Aktionsplan für den Binnenmarkt, den gemeinschaftlichen Zollkodex, kommerzielle Kommunikation sowie über das Jahr-2000-Problem

Landwirtschaft

30. März: Im Mittelpunkt der Beratungen der EU-Landwirtschaftsminister in Brüssel stehen das Material mit spezifischem Risiko sowie die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Europäisches Parlament (EP)

30. März - 3. April: Plenartagung des EP in Straßburg. Im Mittelpunkt der Sitzung stehen die Aussprachen über die Außenbeziehungen der EU und über Haushaltsfragen. Der amtierende Ratspräsident Henderson berichtet dem EP über die Ergebnisse der Europäischen Konferenz, die am 12. März in London stattfand und bedauert die Entscheidung der Türkei, an dieser Konferenz nicht teilzunehmen. Das EP diskutiert das neue Abkommen für die Zusammenarbeit mit den AKP-Ländern, die künftigen Beziehungen mit der Russischen Föderation, die Folgemaßnahmen zur Weltgipfelkonferenz über die soziale Entwicklung. Es nimmt zahlreiche Entschließungen zu den Menschenrechten in verschiedenen Ländern an. Im Haushaltsbereich debattiert das EP über die Leitlinien für das Haushaltsverfahren 1999 und über die Ausführung des Haushaltsplans 1996.

Europa-Konferenz

31. März: In Brüssel wird die Regierungskonferenz auf Ministerebene zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Ungarn, Polen, Tschechien, Slowenien, Estland und Zypern eröffnet. Alle Beitrittskandidaten erklären, daß sie entschlossen sind, die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

April

GASP / Jugoslawien

1. April: In einer Gemeinsamen Erklärung, der sich auch die mit der EU assoziierten Länder anschließen, äußern die Fünfzehn tiefe Besorgnis über die erneuten Ausschreitungen im Kosovo. Sie verlangen einen sofortigen Rückzug der serbischen Sonderpolizei und verurteilen gleichzeitig die Terroranschläge der Befreiungsarmee des Kosovo. Sie betonen außerdem die Notwendigkeit eines Dialoges zwischen Konfliktparteien und erklären, daß sie weder den gegenwärtigen Status des Kosovo noch seine Unabhängigkeit akzeptieren werden.

EU – Europarat

1. April: In Straßburg findet die elfte Vierertagung statt, an der der amtierende Präsident des Ministerkomitees des Europarates, Schäfer, der Generalsekretär des Europarates, Tarschys, der amtierende EU-Ratspräsident, Henderson sowie Kommissionsmitglied Van den Broeck teilnehmen. Bei den Gesprächen werden der Erweiterungsprozeß der EU, die Koordinierung zwischen der OSZE, der EU und des Europarates debattiert. Weiteres Thema ist der Antrag der Bundesrepublik Jugoslawien auf Beitritt zum Europarat.

EU – China

2. April: In London findet das Gipfeltreffen EU-China statt. Zum Abschluß der Konferenz geben die Teilnehmer ein gemeinsames Kommuniqué heraus, in dem sie sich für einen weiteren Ausbau ihrer Zusammenarbeit aussprechen. Sie bekräftigen, daß sie für einen raschen Beitritt Chinas zur WTO eintreten werden; die Vertreter der EU

begrüßen ferner die Fortschritte, die China beim Dialog über Menschenrechte erzielt habe.

Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)

2. April: In Luxemburg findet die 339. ordentliche Tagung des beratenden EGKS-Ausschusses statt. Die behandelten Punkte der Beratungen sind unter anderem das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Turkmenistan, das Protokoll zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der Ukraine, die Hilfen zur Finanzierung von Vorhaben der technischen Forschung im Stahlsektor, die Reform der Strukturfonds sowie über die künftigen Maßnahmen zugunsten der Länder Mittel- und Osteuropas.

Asien – Europa (ASEM)

3./4. April: In London findet zum zweiten Mal der ASEM-Gipfel statt, an dem die Staats- und Regierungschefs der EU, der sieben ASEAN-Staaten sowie die Staatsoberhäupter der Volksrepublik China, Japans und der Republik Korea teilnehmen. Die Parteien verabschieden zwei Erklärungen. In ihrem Kommuniqué zur Asienkrise betonen sie das gemeinsame Interesse an der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität und die Notwendigkeit einer raschen Umsetzung der Reformen in den betroffenen Ländern. Die allgemeine Schlußerklärung bezieht sich auf die Weiterentwicklung des politischen Dialoges, die Lage in Kambodscha und Korea sowie auf die Erweiterung der EU.

Audiovisuelle Medien

6.-8. April: In Birmingham tagt die Europäische Konferenz über audiovisuelle Medien, die vom britischen EU-Ratsvorsitz sowie der Kommission gemeinsam organisiert wird. Arbeitsgruppen erarbeiten zu folgenden Themen Vorschläge: Gründung einer europäischen Schule für Film und Fernsehen; Förderung öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen; Ausbau des Programms MEDIA; Anreizschaffung für Privatinvestitionen im Bereich der audiovisuellen Produktion.

Arbeit und Soziales

7. April: Tagung der Arbeits- und Sozialminister der EU in Luxemburg. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Richtlinie über den Schutz von Teilzeitbeschäftigten, der Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Asbest sowie der Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch Chemikalien bei der Arbeit.

Wettbewerb

15. April: Die Kommission nimmt den 27. Jahresbericht über die Wettbewerbspolitik an. Zentrale Themen des Berichts sind die wettbewerbspolitischen Entwicklungen in den Sektoren: staatliche Beihilfen und internationale Zusammenarbeit, staatliche Monopole und Monopolrechte, Fusionskontrolle.

Energiecharta

16. April: Der Vertrag über die europäische Energiecharta tritt in Kraft. Von dem Vertrag erhofft sich die EU eine Sicherung ihrer Investitionen in den energieerzeugenden Ländern Mittel- und Osteuropas sowie den Ländern der GUS. Der Vertrag wurde von der EU, ihren Mitgliedstaaten sowie von anderen Staaten der OECD unterzeichnet.

GASP / Afghanistan

16. April: In einer Gemeinsamen Erklärung äußern sich die Fünfzehn zutiefst besorgt über jene Berichte, denen zufolge mit einer Intensivierung der Kämpfe im Frühjahr zu rechnen ist. Sie unterstützen die Forderung der „Sechs-plus-zwei-Gruppe", den Krieg in Afghanistan schnell zu Ende zu bringen.

AKP – EG

20.-23. April: In Port-Louis (Mauritius) findet die 26. Tagung der Paritätischen Versammlung AKP-EG statt. Behandelt werden bevorstehende Inkrafttreten des Abkommens zur Änderung des vierten Lomé-Vertrags, die zukünftigen Beziehungen zwischen den AKP-Ländern und der EU, die Änderung der Bananen-Einfuhrregelung, die Lage in einigen AKP-Ländern im Hinblick auf die Menschenrechte sowie die Aussichten auf die Aushandlung eines neuen Partnerschaftsabkommens.

Landwirtschaft

20.-21. April: In Luxemburg beraten die Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft über die Einkommen der Landwirte, die Bananen-

marktordnung, Rohtabak, Olivenöl, Vakzine sowie über den Schutz der Wälder in Europa.

Wirtschaft und Finanzen

21. April: Die fünfzehn Wirtschafts- und Finanzminister der EU beraten in Luxemburg über die finanzielle Unterstützung von innovativen und arbeitsplatzschaffenden KMU. Weitere Themen sind die Vorbereitung der dritten Stufe der WWU, die gesamteuropäischen Kapitalmärkte und die Finanzhilfen für Albanien sowie Bosnien und Herzegowina.

EU – Pakistan

22. April: Im Rahmen des Besuchs des pakistanischen Ministerpräsidenten Sharif bei der Kommission, paraphieren beide Parteien ein Kooperationsabkommen, das eine entwicklungs- und handelspolitische Komponente beinhaltet und eine Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Humanressourcen sowie auf wirtschaftlichem Gebiet vorsieht.

Verbraucherschutz

23. April: Die für Verbraucherschutzfragen zuständigen Minister der EU-Mitgliedstaaten beraten in Luxemburg. Die wichtigsten Themen der Zusammenkunft sind der Verbrauchsgüterkauf und Garantien für Verbrauchsgüter sowie Fragen des Zugangs der Verbraucher zum Recht.

GASP / Nigeria

24. April: Anläßlich der Wahlen in Nigeria betonen die Fünfzehn in einer Gemeinsamen Erklärung die Notwendigkeit einer freien und ordnungsgemäßen Durchführung, die es jedermann ermöglicht, daran teilzunehmen.

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

27./28. April: In Paris findet die Jahrestagung des OECD-Rates auf Ministerebene statt. Bei den Beratungen geht es hauptsächlich um die asiatische Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die OECD-Welt. Ein weiteres Thema sind die Anpassungsmaßnahmen und die Strukturreformen der Volkswirtschaften der einzelnen OECD-Mitgliedsländer im Hinblick auf den Überalterungsprozeß der Bevölkerung.

Allgemeine Angelegenheiten

27. April: Die fünfzehn Außenminister der EU beraten in Luxemburg über den Friedensprozeß im Nahen Osten, über Nordirland, über die Beziehungen zum Westbalkan sowie über Montenegro und Kroatien.

EU – Slowakei

27.-28. April: In Luxemburg tagt der Assoziationsrat EU-Slowakei. Bei den Gesprächen geht es insbesondere um die bilateralen Beziehungen sowie um die im Rahmen des Beitrittsprozesses erzielten Fortschritte der Slowakei.

EU – Rumänien

28. Die Außenminister der EU und Rumäniens beraten im Rahmen des Assoziationsrates über die bilateralen Beziehungen sowie über Rumäniens Fortschritte im Hinblick auf die Erweiterung der EU.

EG – Malta

28. April: Zweite Tagung des Assoziationsrates EG-Malta in Luxemburg. Neben der Erörterung der bilateralen Beziehungen nehmen beide Parteien eine Erklärung an, in der sie ihren Willen bekräftigen eine bilaterale Freihandelszone zu schaffen und ihre Zusammenarbeit auf weitere Politikfelder auszudehnen.

EU – Golfkooperationsrat (GCC)

29. April: Tagung der Außenminister der sechs Golfstaaten mit der Troika der EU in London. Auf der Tagung geht es um die Lage in Iran und die geplante Wiederaufnahme des Dialoges zwischen der Union und dem Land. Weitere Themen sind die Irak-Krise, der Nahost-Konflikt sowie die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen.

EU – USA – Kanada – Japan

29./30. April: In Versailles findet die Vierertagung zwischen der EU, den USA, Kanada und Japan statt. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen multilaterale Handelsaspekte im Hinblick auf die bevorstehende WTO-Ministertagung. Die Parteien einigen sich auch darauf, eine gemeinsame Erklärung zum elektronischen Geschäftsverkehr auszuarbeiten und zukünftig darauf hinzuwirken, die WTO transparenter zu gestalten.

Europäisches Parlament (EP)

29./30. April: Plenartagung des EP in Brüssel. Im Mittelpunkt der zweitägigen Debatte stehen der Nordirland-Konflikt sowie die Einführung des Euro. Das EP äußert sich ebenfalls zur Wettbewerbsfähigkeit der Bauwirtschaft, der Textilindustrie sowie zur Informations- und Kommunikationsindustrie. Die Parlamentarier debattieren auch über die Themen Europäische Kulturstadt, Tätigkeit der Kreditinstitute, Aktion Robert Schuman, Entscheidungen in Ehesachen.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

29.-30. April: Der WSA kommt zu seiner 354. Sitzung zusammen. Im Rahmen der Plenardebatte, an der auch Kommissionsmitglied de Silguy teilnimmt und über die Wirtschaftspolitik referiert, nimmt der WSA unter anderem folgende Stellungnahmen an: Wachstum und Beschäftigung im Rahmen der KMU; Beseitigung bestimmter Handelshemmnisse; Drahtlos- und Mobilkommunikation; Jugendschutz in den audiovisuellen Diensten.

Gesundheit

30. April: Die Gesundheitsminister der EU tagen in Luxemburg. Dabei sprechen sie über das Aktionsprogramm der Gemeinschaft betreffend seltene Krankheiten, über die Eignung von Blut- und Plasmaspenden, über die Einbeziehung der Erfordernisse des Gesundheitsschutzes in die Gemeinschaftspolitiken und über transmissible spongiforme Enzephalopathien.

Mai

Wirtschaft und Finanzen

1.-3. Mai: Unter dem Vorsitz des britischen Schatzkanzlers Gordon Brown beraten die Wirtschafts- und Finanzminister der EU in Brüssel über die an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmenden Länder. Weiteres zentrales Thema ist die Ernennung der Mitglieder des Direktoriums der Europäischen Zentralbank.

Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)

1. Mai: Der Rat, der in Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs in Brüssel zusammenkommt, beschließt, daß außer Großbritannien, Dänemark, Schweden und Griechenland alle übrigen elf EU-Staaten an der dritten Stufe der WWU, die am 1. Januar 1999 beginnt, teilnehmen werden. Zum Präsidenten der Europäischen Zentralbank ernennen sie den Niederländer Wim Duisenberg, Vizepräsident wird der Franzose Jean-Claude Trichet.

Europäisches Parlament (EP)

2. Mai: Das EP kommt in Brüssel zu einer Sondertagung zusammen. Im Mittelpunkt der Debatte, an der der britische Ratspräsident Brown die Beschlüsse zur Wirtschafts- und Währungsunion vorstellt, ist die Prüfung der Empfehlungen des Rates hinsichtlich der Mitgliedstaaten, die die Konvergenzkriterien erfüllen.

Bosnien und Herzegowina

7.-8. Mai: In Brüssel findet die vierte Konferenz der Staaten und Organisationen statt, die den Wiederaufbau von Bosnien-Herzegowina unterstützen. Auf der Konferenz, an der auch Kommissar Van den Broek teilnimmt, werden Finanzmittel in Höhe von 1,25 Mrd. US-Dollar zugesagt.

AKP – EG

7.-8. Mai: In Bridgetown (Barbados) tagt der AKP-EG-Ministerrat. Im Mittelpunkt der zweitägigen Debatte stehen Handelsfragen, die finanzielle Zusammenarbeit sowie die künftigen Beziehungen der Gemeinschaft zu Südafrika.

Industrie

7. Mai: In Brüssel beraten die für Industriefragen zuständigen Minister der Union über den Schiffbau, den Aktionsplan zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Textil- und Bekleidungsindustrie sowie über die Wettbewerbsfähigkeit der Bauindustrie.

Europa-Mittelmeer-Konferenz

11. Mai: In Brüssel findet die Europa-Mittelmeer-Konferenz über Energiefragen statt. Die Teilnehmer verabschieden eine Erklärung, in der sie die Bedeutung der Zusammenarbeit in der Energiepolitik für die Verwirklichung der auf der Konferenz in Barcelona 1995 festgelegten Ziele betonen. Ferner arbeiten sie einen Aktionsplan für den Zeitraum 1998-2002 aus, der eine Zusammenarbeit auf politischer, administrativer und industrieller Ebene sowie spezielle Maßnahmen vorsieht.

Energie

11. Mai: Die für die Energiepolitik der Gemeinschaft zuständigen Minister beraten in Brüssel vor allem über folgende Themen: Richtlinie über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt; Altener II; Klimaänderungen; erneuerbare Energiequellen.

Westeuropäische Union (WEU)

11./12. Mai: Auf Rhodos findet die Tagung des Ministerrates der WEU statt. Anläßlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung des Brüsseler Vertrages geben die Teilnehmer eine Erklärung ab, in der sie darauf verweisen, daß die WEU eine zentrale Rolle bei der Weiterentwicklung der neuen europäischen Sicherheitsarchitektur spielt.

Europäisches Parlament (EP)

11.-15. Mai: In Straßburg kommt das EP zu seiner viertägigen Plenardebatte zusammen. Hauptthemen der Sitzung sind die Aussprachen über die Ernennung der Direktoriumsmitglieder der Europäischen Zentralbank, die euro-mediterrane Partnerschaft sowie die Errichtung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Das EP nimmt außerdem Entschließungen an zur Lage im Kosovo, zur Situation im Sudan, zur geplanten Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Mochovce.

GASP / Indonesien

13. Mai: In einer Gemeinsamen Erklärung äußern sich die Fünfzehn besorgt über die Gewalteskalation in Indonesien und die dadurch verursachten Verluste an Menschenleben. Sie rufen die beteiligten Parteien zu einem Gewaltverzicht auf und mahnen die politische Führung des Landes zu politischen Reformen an.

Ausschuß der Regionen (AdR)

13.-14. Mai: Der AdR kommt zu seiner 23. Plenartagung zusammen. In Anwesenheit des britischen Vizekanzlers Prescott und Kommissionsmitglied Wulf-Mathies spricht der AdR über die Rolle der Städte und Regionen in der Agenda 2000, über die Gemeinsame Agrarpolitik sowie über die Euro-Einführung. Der AdR nimmt Stellungnahmen an zu den Themen: Elektronischer Datenaustausch; Stadtentwicklung; Informationsstrategie zum Euro; demographische Situation in Europa.

EU – Kanada

14. Mai: Im Rahmen der Gemeinsamen politischen Erklärung kommen in London die Regierungsvertreter Kanadas und der EU zusammen und unterzeichnen das Abkommen über die gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbewertung.

GASP / Äthiopien

15. Mai: In einer Gemeinsamen Erklärung drükken die Fünfzehn ihre tiefe Besorgnis über die militärischen Zusammenstöße im Grenzgebiet von Eritrea und Äthiopien aus und fordern die Konfliktparteien dazu auf, Streitfälle mit friedlichen Mitteln beizulegen.

EU – Russische Föderation

15. Mai: In Birmingham findet das erste Gipfeltreffen zwischen der EU und Vertretern der Russischen Föderation nach dem Inkrafttreten des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens statt. Dabei geht es insbesondere um die wirtschaftlichen Beziehungen, um die Lage im Kosovo und im Nahen Osten sowie um die Zusammenarbeit bei der Verhinderung von Massenvernichtungswaffen.

G-8

15.-17. Mai: In Birmingham tagt der 24. Wirtschaftsgipfel der acht führenden Industriestaaten. In einem gemeinsamen Kommuniqué legen die Regierungsvertreter die größten weltweiten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts dar und geben auch Erklärungen ab zu den Kernwaffenversuchen in Indien, zur Lage in Indonesien, zur Lage im Nahen Osten sowie zu Nordirland.

EU – USA

18. Mai: In London kommt es im Rahmen der Transatlantischen Agenda zu einem Gipfeltreffen EU-USA. Die beiden Parteien schließen eine Vereinbarung über die Anwendung der amerikanischen Gesetze mit extraterritorialer Wirkung und über die Disziplinen, um den Investitionsschutz in Drittländern zu verbessern.

Entwicklung

18. Mai: Die für Entwicklungspolitik zuständigen Minister der EU beraten in Brüssel über die

Bekämpfung der Armut, über geschlechterspezifische Fragen in der Entwicklungszusammenarbeit sowie über den Sudan. Weitere Themen sind das Lomé-Abkommen, das Arbeitspapier über humanitäre Hilfe, die Atomtests in Indien sowie die Lage in Nigeria.

Binnenmarkt

18. Mai: Die für Binnenmarktfragen verantwortlichen Minister beraten in Brüssel. Tagesordnungspunkte sind vor allem die gegenseitige Anerkennung von Befähigungsnachweisen, die europäische Normung, Zollpräferenzen, kommerzielle Kommunikationen, öffentliches Auftragswesen und der Binnenmarkt für Arzneimittel.

Allgemeine Angelegenheiten

18. Mai: Die Außenminister der 15 EU-Staaten tagen in Brüssel. Im Mittelpunkt der Gespräche steht die Vorbereitung der zweiten Ministerkonferenz im Rahmen der WTO.

Welthandelsorganisation (WTO)

18.-20. Mai: In Genf findet die zweite Ministerkonferenz der WTO statt. Im Rahmen der Tagung werden zwei Erklärungen abgegeben, darunter eine zum elektronischen Geschäftsverkehr. In ihrer Abschlußerklärung weisen die Teilnehmer darauf hin, daß ein multilaterales Handelssystem errichtet werden muß, das den Handel mit Waren und Dienstleistungen schrittweise liberalisiert und jeglichen Protektionismus ablehnt.

Wirtschaft und Finanzen

19. Mai: Unter dem Vorsitz des britischen Ratspräsidenten Brown beraten die Wirtschafts- und Finanzminister der EU über Betrugsbekämpfung, den Betrug im Alkohol- und Tabaksektor sowie über Verfahren bei übermäßigem Haushaltsdefizit in Griechenland. Weitere Themen sind die Agenda 2000, die Wirtschafts- und Strukturreform, die zusätzliche Altersversorgung und die Abschaffung des steuerfreien Verkaufs von Gütern.

Telekommunikation

19. Mai: Tagung der für Telekommunikationsfragen zuständigen Minister der EU in Brüssel. Haupttagesordnungspunkte sind Globalisierung und Informationsgesellschaft.

GASP / Indien

25. Mai: In einer Gemeinsamen Erklärung verurteilen die Fünfzehn die Atomwaffenversuche Indiens und fordern die Regierung des Landes dazu auf, zukünftig von weiteren Tests abzusehen. Ferner fordern sie Indien dazu auf den Vertrag über einen umfassenden nuklearen Teststopp zu unterzeichnen und im indischen Parlament seine sofortige Ratifizierung zu beantragen.

Allgemeine Angelegenheiten

25. Mai: In Brüssel beraten die Außenminister der Union über die Atomwaffenversuche Indiens, über die Lage in Jugoslawien und Kroatien, über den Verhaltenskodex für Waffenausfuhren sowie über das Gipfeltreffen EU-USA.

Landwirtschaft

25./26. Mai: Die für Landwirtschaftsfragen zuständigen Minister der Gemeinschaft beraten in Brüssel über die Agenda 2000 sowie die Etikettierung bestimmter, aus genetisch veränderten Organismen hergestellter Lebensmittel.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

27./28. Mai: Der WSA tritt zu seiner 355. Tagung zusammen und nimmt nach einer Aussprache Stellungnahmen an zu den Themen: Reform der Gemeinsamen Marktorganisation für Fette; Gemeinsame Marktorganisation für Bananen; Umwelt und Beschäftigung; Freizügigkeit der Arbeitnehmer; Gebrauchsmusterschutz; Aktionsplan zur Innovation; Zukunft des Marktes für Fischereierzeugnisse.

Justiz und Inneres

28./29. Mai: Die Justiz- und Innenminister der EU beraten in Brüssel. Auf der Tagesordnung stehen die Regelung beim Entzug von Fahrerlaubnissen, das Eurodac-Übereinkommen, die Bekämpfung des Terrorismus, die Errichtung eines europäischen justitiellen Netzwerkes sowie die Rechtsstaatlichkeit.

Audiovisuelle Medienkultur

28. Mai: Unter dem Vorsitz des britischen Staatssekretärs Fisher geht es bei der Tagung der für die audiovisuelle Kultur zuständigen EU-Minister vor allem um den Jugendschutz und die Menschenwürde in den audiovisuellen und den

Informationsdiensten sowie um die europäische Konferenz über audiovisuelle Medien.

Europäisches Parlament (EP)

28.-29. Mai: In Brüssel kommt das EP zu einer zweitägigen Plenardebatte zusammen. Im Mittelpunkt der Tagung steht die Vorbereitung des Europäischen Rates von Cardiff. Der britische Außenminister Cook weist darauf hin, denjenigen Themen Priorität zu schenken, die die Bürger Europas unmittelbar betreffen. Das EP nimmt Stellungnahmen an zur Kommissionsempfehlung zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik für 1998, zur Situation der Grenzarbeitnehmer, zu den Strukturfonds sowie zu den Inselregionen.

GASP / Pakistan

29. Mai: In einer Gemeinsamen Erklärung äußern sich die Fünfzehn bestürzt und besorgt über die von Pakistan durchgeführten Atomwaffentests. Sie fordern das Land umgehend dazu auf, die Tests einzustellen und den Vertrag über einen umfassenden Teststopp zu unterzeichnen und zur Ratifizierung freizugeben.

Juni

Europäische Zentralbank (EZB)

1. Juni: Gemäß Artikel 109 1 EGV wird die EZB errichtet und nimmt als Nachfolger des Europäischen Währungsinstituts ihre Tätigkeit auf.

Lomé-Abkommen

1. Juni: Das Abkommen zur Änderung des Vierten Abkommens von Lomé tritt in Kraft. Mit diesem Abkommen sollen der politische sowie der institutionelle Teil der EU-AKP-Partnerschaft gestärkt, der Handel ausgeweitet und die finanzielle und technische Hilfe verbessert werden.

EU – Südafrika

1. Juni: Das Protokoll über den Beitritt der Republik Südafrika zum Vierten AKP-EG-Abkommen von Lomé in der Fassung des am 4. November 1995 in Mauritius unterzeichneten Abkommens tritt in Kraft.

Arbeit und Soziales

3. Juni: In Luxemburg tagen die Arbeits- und Sozialminister der EU über die Vorbereitungen der Tagung des Europäischen Rates von Cardiff.

Bildung, Arbeit und Soziales

4. Juni: Die Bildungs-, Arbeits- und Sozialminister der EU beraten in Luxemburg. Themenschwerpunkte des Treffens sind duale europäische Bildungswege, einschließlich der Lehrlingsausbildung; die Wahrung ergänzender Rentenansprüche von Arbeitnehmern und Selbstständigen, die innerhalb der EU zu- und abwandern; die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer; die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Betrieben und Teilen von Betrieben.

Euro-11

4. Juni: In Luxemburg findet zum ersten Mal eine Sitzung des Euro-11-Rates statt. Dabei geht es um die interne Organisation der Arbeiten der Euro-11-Tagungen sowie um die gesamtwirtschaftliche Lage innerhalb der EU.

Wirtschaft und Finanzen

5. Juni: Unter dem Vorsitz des Ratspräsidenten Gordon Brown tagen die Wirtschafts- und Finanzminister der Union in Luxemburg. Dabei geht es um die Agenda 2000, die allgemeinen wirtschaftspolitischen Leitlinien sowie um die Annahme einer Erklärung zu Rußland.

Fischerei

8. Juni: Die Fischereiminister der Gemeinschaft kommen in Luxemburg zu ihrer Tagung zusammen und sprechen über Treibnetze, die Nordsee, über die Überwachung der Gemeinsamen Fischereipolitik, die Zukunft des Marktes für Fischereierzeugnisse sowie über Fischerei und die Agenda 2000.

Allgemeine Angelegenheiten

8./9. Juni: In Luxemburg beraten die fünfzehn Außenminister der EU. Neben der Verabschiedung zahlreicher gemeinsamer Erklärungen geht es dabei um die Agenda 2000, die Tagung des Europäischen Rates in Cardiff, um die Beziehungen zu den AKP-Staaten sowie um den Barcelona-Prozeß.

GASP / Indien und Pakistan

9. Juni: In einer Gemeinsamen Erklärung verurteilen die Fünfzehn die Atomwaffentests von Indien und Pakistan.

Europäische Zentralbank (EZB)

9. Juni: In Frankfurt tagen zum ersten Mal sowohl der Rat der EZB als auch der Erweiterte Rat und sprechen über operationelle Maßnahmen.

EWR

9. Juni: In Luxemburg tagt der EWR-Rat und bilanziert das Funktionieren sowie die Entwicklung des EWR-Abkommens. Die Teilnehmer betonen, daß die Beschlußfassung zur Einbeziehung der gemeinschaftlichen Rechtsakte in das Abkommen beschleunigt werden muß.

GASP / Kosovo

9. Juni: In einer Gemeinsamen Erklärung äußern die Fünfzehn ihre tiefe Besorgnis über die schweren Kämpfe im Kosovo. Sie sprechen sich dafür aus, die internationalen Beobachterkapazitäten im Kosovo auszubauen, um eine politische Lösung voranzutreiben.

EU – Ukraine

9. Juni: In Luxemburg findet die erste Tagung des Kooperationsrates EU-Ukraine statt. Dabei bilanzieren beide Parteien ihre Beziehungen und betonen die Bedeutung demokratischer Prinzipien, der Marktwirtschaft und der Fortsetzung des Reformprozesses in der Ukraine für die Partnerschaft. Während der Beratungen nimmt der Rat auch seine Geschäftsordnung sowie das gemeinsame Arbeitsprogramm für 1998 an.

EU – China

11. Juni: In Brüssel tagt der Gemischte Ausschuß EU-China über bilaterale Handelsprobleme. Beide Parteien unterzeichnen Vorhaben mit einem Finanzvolumen von insgesamt 84 Mio. ECU. Diese sollen die wirtschaftliche Unabhängigkeit der ethnischen Gemeinschaften in Tibet fördern und die Berufsbildung und den Umweltschutz in China verbessern helfen.

GASP / Nigeria

12. Juni: In einer Gemeinsamen Erklärung begrüßen die Fünfzehn die Erklärung von General Abubakar, einen Prozeß des Wiederaufbaus und der Aussöhnung in Gang zu setzen. Ferner drükken sie ihre Hoffnung aus, einen konstruktiven Dialog mit Nigeria herzustellen.

Europäischer Rat

15./16. Juni: Unter dem Vorsitz des britischen Ratspräsidenten Blair findet in Cardiff die Tagung der Staats- und Regierungschefs der EU statt. Neben der Erörterung über die künftige Entwicklung der EU, legen die Fünfzehn die Strategie der EU zur Förderung von Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung und sozialer Integration fest. Außerdem zeigen die Teilnehmer die Möglichkeiten und Mittel zur Erreichung einer größeren Bürgernähe der Union auf und entwerfen ferner Leitlinien sowie einen zeitlichen Rahmen für die weiteren Beratungen über die Agenda 2000.

Europäisches Parlament (EP)

15.–19. Juni: Plenartagung des EP in Straßburg: Zentrale Themen sind die Aussprachen über die Tagung des Europäischen Rates von Cardiff, den Friedensprozeß im Nahen Osten, die Lage im Kosovo und die Agenda 2000. Ferner stellt der finnische Präsident Ahtisaari in einer Rede die Vision seines Landes über die Reform der EU vor. Das EP nimmt Entschließungen an zu den Atomwaffenversuchen Indiens und Pakistans, zum Vierten AKP-EG-Abkommen, zur zweiten Ministerkonferenz der WTO sowie zum Konflikt zwischen Äthiopien und Eritrea.

Umwelt

16./17. Juni: Die fünfzehn Umweltminister der Gemeinschaft tagen in Luxemburg. Dabei geht es unter anderem um die Gemeinschaftsstrategie im Bereich der Klimaänderungen, die Luftqualitätsnormen, den Schwefelgehalt bestimmter flüssiger Kraft- und Brennstoffe, die Haltung von Wildtieren in Zoos, die europäische Umweltagentur.

Verkehr und Umwelt

17. Juni: Die für Verkehrs- und Umweltfragen zuständigen Minister der Gemeinschaft beraten in Luxemburg über generelle Aspekte von Verkehr und Umwelt.

Verkehr

17./18. Juni: Die Verkehrsminister der Gemeinschaft beraten in Luxemburg über die Europäische Organisation für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt, Eurocontrol, computergesteuerte Reservierungssysteme, über Ausgleichsleistungen bei Nichtbeförderung sowie über die Begrenzung der Emissionen von Stickstoffoxiden.

GASP / Belarus

18. Juni: Die Vertreter der EU unterzeichnen das Übereinkommen zwischen der EG, der ESA und der Europäischen Organisation zur Sicherung der Luftfahrt über einen europäischen Beitrag zur Entwicklung eines globalen Navigationssatellitensystems (GNSS).

Forschung

22. Juni: Die fünfzehn EU-Forschungsminister sprechen auf ihrer Tagung in Luxemburg über das Fünfte Rahmenprogramm für die EG-Forschung und die Euratom-Forschung, über die Durchführung und Verwaltung der gemeinschaftlichen FTE-Programme sowie über die Kooperation zwischen der EU und der ESA.

Landwirtschaft

22.-25. Juni: Die Landwirtschaftsminister beraten in Luxemburg über Agrarpreise und flankierende Maßnahmen, Bananen, landwirtschaftliche Kulturpflanzen, Flachs und Hanf, Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere, Tabak.

Umwelt

23.-25. Juni: In Arhus findet die vierte gesamteuropäische Konferenz der Umweltminister der UN-Wirtschaftskommission für Europa statt. Themen sind der letzte Bericht der Europäischen Umweltagentur sowie die Zusammenarbeit in Umweltfragen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern und den Neuen unabhängigen Staaten im Rahmen des Prozesses „Umwelt für Europa".

EU – Australien

24. Juni: In Canberra findet im Rahmen der Gemeinsamen Erklärung das Treffen EU-Australien statt. Dabei geht es um die Partnerschaft im wirtschaftlichen und handelspolitischen Bereich zwischen den beiden Parteien und die dabei erzielten Fortschritte. Neben der beiderseitigen Zustimmung zu einem Arbeitsprogramm, das die Ausdehnung der Kooperationsbereiche vorsieht, unterzeichnen sie das Abkommen über die gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbewertung, der Bescheinigungen und der Kennzeichnungen.

Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)

25. Juni: In Luxemburg findet die 340. ordentliche Tagung des beratenden EGKS-Ausschusses statt. Die behandelten Punkte sind zahlreiche Vorschläge für einen Beschluß des Rates, der Entwurf des EGKS-Funktionshaushaltsplans für 1999, der Markt für feste Brennstoffe in der Gemeinschaft im Jahr 1997, das Vorausschätzungsprogramm „Stahl" für das zweite Halbjahr 1998.

Allgemeine Angelegenheiten

29. Juni: Die fünfzehn Außenminister der EU beraten in Luxemburg über den Entwurf eines Abkommens über die Entwicklungspartnerschaft mit den AKP-Staaten, den Friedensprozeß im Nahen Osten, die außerordentliche finanzielle Unterstützung für Aserbaidschan, das Schengen-Protokoll sowie über die Folgemaßnahmen nach dem Europäischen Rat von Cardiff.

Juli

Ratspräsidentschaft

1. Juli: Turnusgemäß übernimmt Österreich die EU-Ratspräsidentschaft.

Staatliche Beihilfen

1. Juli: Die Kommission nimmt den sechsten Bericht über die im Zeitraum 1994-1996 gewährten staatlichen Beihilfen an. Im Jahresdurchschnitt betragen die zugesagten und ausgeschütteten Mittel im verarbeitenden Gewerbe 38,3 Mrd. ECU.

Jemen

1. Juli: Das zwischen der Gemeinschaft und der Republik Jemen abgeschlossene Kooperationsabkommen tritt in Kraft.

Europäisches Parlament (EP)

1./2. Juli: In Brüssel findet die Plenardebatte des EP statt. Im Mittelpunkt der zweitägigen Sitzung stehen die Rede von Kommissionsmitglied Liikanen zum Urteil des EuGH bezüglich der Rechtsgrundlagen im Haushaltsplan sowie die Aussprache über die städtische Umwelt und die Raumplanung. Das EP äußert sich außerdem zum Beitritt zu dem 1993 abgeschlossenen Übereinkommen zur Gründung eines Wissenschafts- und Technologiezentrums in der Ukraine, zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise sowie zum kombinierten Güterverkehr.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

1./2. Juli: Der WSA kommt zu seiner 356. Plenartagung zusammen. Er nimmt Stellungnahmen zu folgenden Themen an: Reform der Gemeinsamen Marktordnung für Getreide, Ölsaaten und proteinhaltige Saaten; Zusatzstoffe in der Tierernährung; Europa als Wirtschaftseinheit; Globalisierung und Informationsgesellschaft; Kontrolle der staatlichen Beihilfen; gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft.

Wirtschaft und Finanzen

6. Juli: Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister der Gemeinschaft in Brüssel. Zentrale Tagesordnungspunkte der Debatte sind das Arbeitsprogramm der österreichischen Ratspräsidentschaft, die Vorbereitung der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Mehrwertsteuerregelung für Anlagegold.

GASP / Algerien

8. Juli: In einer Gemeinsamen Erklärung begrüßen die Fünfzehn die Einsetzung einer Gruppe hochrangiger Persönlichkeiten durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen, die der algerischen Regierung einen Besuch abstatten soll. Sie verleihen ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die Mission erfolgreich verläuft und dazu beitragen kann, daß sich die Situation in Algerien verbessern wird.

Allgemeine Angelegenheiten

13. Juli: Die Außenminister der fünfzehn Mitgliedstaaten der EU beraten in Brüssel über den Kosovo, Albanien, Weißrußland, Osttimor, die Lage in Nordirland, die Agenda 2000, den Internationalen Strafgerichtshof sowie das Schengener Abkommen.

Europäisches Parlament (EP)

13.-17. Juli: In Straßburg tagt das EP. Neben der Vorstellung des Programms der österreichischen Ratspräsidentschaft durch Außenminister Schüssel und der Aussprache über den Kosovo nimmt das EP Entschließungen an zum Kosovo, zu Nigeria, zu Weißrußland, zum Erdbeben in der Türkei sowie zum TACIS-Programm.

EU – Tunesien

14. Juli: In Brüssel findet die erste Tagung des Assoziationsrates EU-Tunesien statt. Auf dieser ersten Tagung legen die Parteien die Geschäftsordnung fest und ziehen eine erste Bilanz der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen im Rahmen des Barcelona-Prozesses.

EU – Mexiko

14. Juli: In Brüssel findet zum ersten Mal die Tagung des gemischten Rates EU-Mexiko statt. Beide Parteien drücken ihre Hoffnung aus, die Verhandlungen über einzelne Sachfragen im Hinblick auf das Interimsabkommen rasch einzuleiten. Kommissionsvizepräsident Marin begrüßt ferner die Aufnahme von Verhandlungen über die Liberalisierung des bilateralen Handels.

EU – Moldau

14. Juli: In Brüssel findet die erste Tagung des Kooperationsrates EU-Republik Moldau statt. Dabei betonen beide Seiten die Rolle, die die Republik Moldau bei der Wahrung von Frieden und Stabilität spielt. Die Vertreter der Union weisen außerdem auf das unzureichende Wirtschaftswachstum sowie auf die steigenden Auslandsverbindlichkeiten Moldaus hin. Zum Abschluß der Tagung verabschieden die Parteien die Geschäftsordnung und das gemeinsame Arbeitsprogramm für 1998/99.

Humanitäre Hilfe

15. Juli: Die Kommission verabschiedet ihren Jahresbericht 1997 über die humanitäre Hilfe und verweist darauf, daß 1997 insgesamt 441,6 Mio. ECU an Mitteln bereitgestellt wurden. Das ehemalige Jugoslawien sowie die Region der Großen Seen erhielten 33% der Gelder.

Ausschuß der Regionen (AdR)

15./16. Juli: Der AdR kommt zu seiner 24. Plenartagung zusammen. In Anwesenheit der österreichischen Staatssekretärin Ferrero-Waldner, Kommissionsmitglied Fischler sowie des Präsidenten des Wirtschafts- und Sozialausschusses Jenkins nimmt der WSA Stellungnahmen an zu den Themen: Zugang zur beruflichen Weiterbildung in der EU; Zukunft der EU-Randgebiete; Erneuerbare Energieträger; Rahmenprogramm für Maßnahmen im Energiebereich.

Haushalt

17. Juli: Die für die Haushaltspolitik der EU-Staaten zuständigen Minister beraten in Brüssel über die Rechtsgrundlagen und die Ausführung des Haushaltsplans sowie auch über die Verstärkung der humanitären Hilfe.

GASP / Demokratische Republik Kongo

17. Juli: In einer Gemeinsamen Erklärung äußern sich die Fünfzehn zutiefst besorgt über die Ergebnisse der von den Vereinten Nationen eingesetzten Ermittlungsgruppe zu den Menschenrechtsverletzungen in der Demokratischen Republik Kongo. Sie verurteilen alle Massaker und Greueltaten, die zum Sturz der früheren Regierung beigetragen haben.

GASP / Kosovo

20. Juli: Die Fünfzehn äußern sich in einer Gemeinsamen Erklärung entsetzt über die Zunahme der Feindseligkeiten im Kosovo. Sie rufen dazu auf, der Gewalt ein Ende zu bereiten und einen friedlichen politischen Dialog zwischen den beteiligten Parteien zu schaffen.

Landwirtschaft

20. Juli: Tagung der Landwirtschaftsminister der EU in Brüssel. Tagesordnungspunkte der Beratungen sind das Arbeitsprogramm der österreichischen Präsidentschaft, die Agenda 2000, die agromonetäre Regelung sowie der Schutz der Wälder.

GASP / Nigeria

21./22. Juli: In einer Gemeinsamen Erklärung begrüßen die Fünfzehn die Ankündigung des nigerianischen Staatsoberhauptes Abubakar, nach den Wahlen im Mai 1999 die Regierungsmacht einer Zivilregierung zu übergeben.

Umwelt

22.-23. Juli: In Sintra findet die Ministertagung der Kommissionen von Oslo und Paris statt. Auf der Konferenz verabschieden die Teilnehmer eine Entscheidung über die Beseitigung stillgelegter Offshore-Förderanlagen und nehmen einen Anhang zum Übereinkommen über den Schutz und die Erhaltung der Ökosysteme und der biologischen Vielfalt des Meeres an.

GASP / Internationaler Strafgerichtshof

22. Juli: In einer Gemeinsamen Erklärung nehmen die Fünfzehn mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die Konferenz zur Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofes erfolgreich zu Ende gegangen ist. Sie drücken ihre Hoffnung aus, daß die Ratifikationen zügig vollzogen werden, damit der Gerichtshof baldmöglichst seine Arbeit aufnehmen kann.

Ungarn

24. Juli: Ministerpräsident Orbán stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und spricht mit Kommissionspräsident Santer und Kommissionsmitglied Van den Broek über den Stand der Vorbereitungen Ungarns auf seinen Beitritt zur EU.

August

Kirgisistan

1. August: Das Interimsabkommen zwischen der Gemeinschaft und Kirgisistan tritt in Kraft. Durch dieses Abkommen ist es möglich, daß die handelspolitischen Bestimmungen zwischen den beiden Parteien bereits vor Inkrafttreten des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens vorläufig durchgeführt werden können.

GASP / Kolumbien

7. August: Die Fünfzehn beglückwünschen in einer Gemeinsamen Erklärung die Wahl von Andrés Pastrana Arango zum verfassungsmäßigen Präsidenten Kolumbiens und betonen ihre Bereitschaft, auch weiterhin einen Friedensprozeß zu fördern, der sich auf die Achtung demokratischer Prinzipien und die Einhaltung der Menschenrechte gründet.

GASP / Indonesien

12. August: In einer Gemeinsamen Erklärung drücken die Fünfzehn ihre Befriedigung über die Ergebnisse des Treffens zwischen dem UN-Generalsekretär und den Außenministern Portugals und Indonesiens im Hinblick auf die Ost-Timor-Frage aus. Sie drücken gleichzeitig ihre Hoffnung aus, daß die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen werden, das eine gerechte und umfassende, den internationalen Anforderungen gerecht werdende Lösung bringt.

GASP / Sudan

14. August: Die Außenminister der EU begrüßen in einer von ihnen verfaßten Gemeinsamen Erklärung die letzte Runde der Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien im Sudan. Dennoch stellen sie fest, daß die Parteien in den Streitfragen bislang noch keine wesentliche Einigung erzielen konnten. Außerdem drücken sie ihre tiefe Besorgnis darüber aus, daß sich die humanitäre Situation im Sudan weiterhin verschlechtert und verbinden dies mit einem Appell, internationale Hilfslieferungen ungestört passieren zu lassen.

Humanitäre Hilfe

18.-20. August: Kommissionsmitglied Emma Bonino stattet den Städten Belgrad, Pristina und Podgorica einen Besuch ab, um sich ein Bild von der Lage der Vertriebenen im Kosovo und in Montenegro zu machen. Dabei führt sie auch Gespräche mit Ibrahim Rugova und Vertretern der jeweiligen Regierungen sowie mit Vertretern der UN-Organisationen und des Roten Kreuzes.

Europa-Abkommen

20. August: Das Protokoll zum Abkommen zwischen der Gemeinschaft und der Tschechischen Republik tritt in Kraft. Damit soll der Handel mit lebenden Tieren, tierischen Erzeugnissen, Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen zwischen der EU und dem mittelosteuropäischen Land erleichtert werden.

GASP / Terrorismus

28. August: In einer Gemeinsamen Erklärung begrüßen die Fünfzehn die Bereitschaft der US-amerikanischen sowie der niederländischen Regierung, daß in den Niederlanden vor einem schottischen Gericht und nach schottischem Recht der Prozeß gegen die Lockerbie-Attentäter vollzogen werden soll.

September

Ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien

1. September: Das Abkommen über den Handel mit Textilwaren zwischen der Gemeinschaft und der ehemaligen jugoslawischen Republik Makedonien tritt in Kraft.

Organisation für die Fischerei im Nordwestatlantik (NAFO)

6.-18. September: In Lissabon findet die Jahrestagung der NAFO statt. Die anwesenden Parteien beschließen eine Erhöhung der zulässigen Gesamtfangmengen (TAC) für Schwarzen Heilbutt im Regelungsbereich der Organisation um ca. 20%.

Lärmschutz

7. September: Die von der Kommission initiierte internationale Lärmschutzkonferenz findet in Anwesenheit von Kommissionsmitglied Bjerregard in Kopenhagen statt. Ziel der Kommission ist es, auf der Konferenz eine Richtlinie mit den drei Zielen vorzuschlagen: Verbesserung der Kenntnisse über den Lärm; verbesserte Information der Öffentlichkeit; Einbeziehung der Lärmbekämpfung in die Stadtplanung.

TACIS – Traceca-Gipfel

7./8. September: In Baku kommt es im Rahmen des Traceca-Programms zu einer Tagung der zwölf Länder der Schwarzmeerregion, des Kaukasus und der zentralasiatischen Region. Dabei unterzeichnen die Parteien ein multilaterales Verkehrsübereinkommen zur Erleichterung des internationalen See-, Straßen- und Schienenverkehrs.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

9./10. September: 357. Plenartagung des WSA. In Anwesenheit des österreichischen Ratspräsidenten Farnleitner und Kommissionsmitglied Wulf-Mathies verabschiedet der WSA nach Aussprache Stellungnahmen zu folgenden Themen: Strukturfonds und Kohäsionsfonds; Aktionsplan gegen Rassismus; Schutz von Legehennen; Telekommunikationsnetze; Verhand-

lungen der WHO über Finanzdienstleistungen. Ohne eine vorhergehende Aussprache nimmt er unter anderem Stellungnahmen an zum Daphne-Programm, zum sozialpolitischen Aktionsprogramm, zur Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie zur Honigerzeugung und –vermarktung.

Bulgarien / Rumänien

9.-11. September: Kommissionsmitglied stattet der bulgarischen sowie der rumänischen Regierung einen Arbeitsbesuch ab. In beiden Fällen geht es um den Stand der Vorbereitungen im Hinblick auf den geplanten Beitritt der Länder zur EU.

Vereinte Nationen (UN)

9. September: Am Rande der Eröffnung der 53. Tagung der UN-Generalversammlung in New York nehmen die Kommissionsmitglieder Brittan, Marin und Van den Broek an einer Reihe von Treffen mit den Außenministern Japans, der Russischen Föderation, der Ukraine, der blockfreien Staaten, der SAARC-Staaten, der MERCOSUR-Staaten, der Staaten des Golf-Kooperationsrates, der Staaten des San José-Dialoges sowie Chinas und Israels teil.

EG – Vietnam

10. September: Die Vertreter der EG unterzeichnen mit ihren Amtskollegen aus Vietnam ein bilaterales Abkommen über den Handel mit Textilwaren. Das Abkommen sieht vor, zahlreiche Importquoten für diverse Textil- und Bekleidungswaren aus Vietnam aufzuheben sowie 29 vietnamesischen Warenkategorien höhere Ausfuhrquoten einzuräumen.

Malta

10. September: In einem Schreiben an den Ratsvorsitz der EU beantragt die neue maltesische Regierung die Wiederaufnahme der Prüfung des von der Republik Malta vorübergehend ausgesetzten Antrags auf Beitritt zur EU.

Industrie und Umwelt

11. September: In Rotterdam unterzeichnen die Vertreter der Gemeinschaft mit ihren Amtskollegen aus 62 Staaten das Übereinkommen über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkenntnissetzung für bestimmte gefährliche chemische Produkte, die international gehandelt werden.

GASP / Afghanistan / Iran

11. September: In einer Gemeinsamen Erklärung drücken die Fünfzehn ihre Bestürzung darüber aus, daß bei den jüngsten Kämpfen in Nordafghanistan iranische Diplomaten getötet worden sind. Ferner rufen sie die Taliban-Milizen dazu auf, die übrigen vermißten Diplomaten und iranischen Staatsangehörigen freizulassen.

Europäisches Parlament (EP)

14.-18. September: Plenartagung des EP in Straßburg. Zentrale Tagesordnungspunkte der Sitzung sind die Aussprachen zur Lage in der Russischen Föderation, im Kosovo sowie in der Region der Großen Seen. Daneben beraten die Parlamentarier über die grundsätzliche Annahme der interinstitutionellen Vereinbarung zu den Rechtsgrundlagen und die Vorlage des Haushaltsplans 1999. In Anwesenheit der österreichischen Ratspräsidentin Ferrero-Waldner, Kommissionspräsident Santer und den Kommissionsmitgliedern Van den Broek und de Silguy, nimmt das EP zwei Entschließungen zur weltweiten Finanzkrise und zur Lage in der Russischen Föderation an.

Ausschuß der Regionen (AdR)

16./17. September: In Anwesenheit von Komissionsmitglied Wulf-Mathies und des Vorsitzenden des Haushaltsauschusses des Europäischen Parlamentes, Samland, tagt der AdR. Dabei nimmt er Stellungnahmen an zur Strukturfondsreform, zum öffentlichen Auftragswesen, zu den Auswirkungen des steuerfreien Handels innerhalb der EU auf die Regionen, zu See- und Binnenhäfen, zur Drahtlos- und Mobilkommunikation sowie zum Grünbuch „Ein Schritt in Richtung Informationsgesellschaft".

Russische Föderation

17. September: Die Troika der EU stattet der russischen Regierung einen Besuch ab. Dabei geht es insbesondere um die Wirtschaftskrise in der Russischen Föderation, um den Kosovo sowie um die Neuorientierung des TACIS-Programms und die Durchführung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens.

GASP / Nigeria

18. September: Die Fünfzehn begrüßen in einer Gemeinsamen Erklärung die jüngsten Entwicklungen in Nigeria und würdigen die Zusage der nigerianischen Regierung, einen Demokratisierungsprozeß einzuleiten.

AKP – EG

21.-24. September: In Brüssel findet die 27. Tagung der Paritätischen Versammlung AKP-EG statt. Im Mittelpunkt der Zusammenkunft stehen die künftigen Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den AKP-Staaten, die Zusammenarbeit innerhalb der AKP-Staaten, die Verhandlungen über das multilaterale Investitionsübereinkommen, die Verhandlungen über ein Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der Gemeinschaft und Südafrika sowie die Lage in der Region der Großen Seen.

GASP / Algerien

22. September: In einer Gemeinsamen Erklärung begrüßen die Fünfzehn den ausführlichen Bericht der UN-Gruppe hochrangiger Persönlichkeiten über die gegenwärtige Lage in Algerien. In diesem Kontext verurteilen die Fünfzehn jede Form des Terrorismus und bekräftigen erneut ihr Eintreten für einen politischen Dialog mit Algerien.

Justiz und Inneres

24. September: In Brüssel beraten die fünfzehn EU-Justiz- und Innenminister über die Identifikation und Einziehung von Erträgen aus Straftaten, den Bericht zu dem Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung, Europol, das Eurodac-Übereinkommen sowie Kinderpornographie. Ferner treffen sie sich zu einer gemeinsamen Sitzung mit ihren Amtskollegen aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsstaaten und debattieren drei Themen: organisierte Kriminalität; Kooperation der Justizbehörden; Asyl- und Einwanderungsfragen.

Binnenmarkt

24. September: In Brüssel beraten die für Binnenmarktfragen zuständigen Minister der EU über den Aktionsplan für den Binnenmarkt, den Schutz von Erfindungen durch Gebrauchsmuster, Parallelimporte und Markenrechte sowie über das BEST-Projekt.

Landwirtschaft

28. September: Die Landwirtschaftsminister der EU beraten in Brüssel. Tagesordnungspunkte sind die Gemeinsame Marktorganisation für Wein, der Schutz von Legehennen, die Auswirkungen der Lage in der Russischen Föderation auf die Agrarmärkte sowie der Pflanzenschutz.

GASP / Iran

28. September: In einer Gemeinsamen Erklärung äußern die Fünfzehn ihre Befriedigung darüber, daß die iranische Regierung von dem Todesurteil gegen den Schriftsteller Salman Rushdie abgerückt ist.

GASP / Angola

29. September: Die Fünfzehn drücken in einer Gemeinsamen Erklärung ihre tiefe Besorgnis darüber aus, daß sich die politisch-militärische Lage in Angola erheblich verschlechtert hat. Sie weisen der UNITA die Schuld daran zu, daß der Friedensprozeß ins Stocken geraten ist.

Landminen

29. September – 1. Oktober: In Ispra findet die internationale Konferenz über Minenräumungstechniken statt. Im Mittelpunkt der Tagung stehen die Techniken der Minenräumung sowie die Fortschritte bei der Aufspürung von Minen.

GASP / Slowakei

30. September: In einer Gemeinsamen Erklärung begrüßen die Fünfzehn die offensichtlich korrekt und einwandfrei verlaufenen Wahlen in der Slowakei. Ferner drücken sie ihre Zufriedenheit über das Bekenntnis der slowakischen Wähler zur Demokratie aus und weisen darauf hin, daß die Wahlen einen positiven Schritt hin zur Integration des Landes in die EU darstellen.

AKP – EG

30. September: In Brüssel findet eine außerordentliche Tagung des AKP-EG-Ministerrates statt, auf der es um die Eröffnung der Verhandlungen über ein neues Abkommen über eine Partnerschaft im Dienste der Entwicklung geht.

Oktober

Europol

1. Oktober: Das Europol-Übereinkommen tritt in Kraft.

Verkehr

1. Oktober: Tagung der Verkehrsminister der Gemeinschaft in Luxemburg. Die wichtigsten behandelten Punkte der Sitzung sind die ortsbeweglichen Druckgeräte und die Einschränkung der Registrierung und des Einsatzes besonders lauter Flugzeuge. Daneben geht es auch um die Eurovignette, das „Eisenbahnpaket", den Flughafen Malpensa in Mailand, um weltumfassende Navigationssysteme sowie um die elektronische Gebührenerfassung.

GASP / Malaysia

2. Oktober: In einer Gemeinsamen Erklärung bekunden die Fünfzehn ihre tiefe Besorgnis über Berichte über die Mißhandlung des früheren malaysischen stellvertretenden Premier- und Finanzministers Anwar Ibrahim.

Europäischer Ausrichtungs- und Garantieleistungsfonds für die Landwirtschaft (EAGFL)

5. Oktober: Die Kommission nimmt den 27. Finanzbericht über den EAGFL an. Darin wird festgestellt, daß sich die Agrarausgaben zu Lasten des EAGFL, Abteilung Garantie, im Haushaltsjahr 1997 auf insgesamt 40423 Mio. ECU beliefen.

GASP / Myanmar

5. Oktober: Die Fünfzehn zeigen sich in einer Gemeinsamen Erklärung zutiefst besorgt über die sich verschlechternde interne Lage in Myanmar. Sie weisen erneut darauf hin, daß sie die Inhaftierung von oppositionellen Aktivisten auf das Schärfste verurteilen und die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen in Myanmar verlangen.

Europäisches Parlament (EP)

5.-9. Oktober: In Straßburg findet die Plenartagung des EP statt. Im Mittelpunkt der viertägigen Zusammenkunft stehen die Aussprachen über die künftige Rolle und den Status der UCLAF, die Lage im Kosovo, die Europa-Konferenz in Luxemburg, der Beitrittsantrag von Malta sowie das Eigenmittelsystem der Gemeinschaft. Außerdem empfängt das EP König Juan Carlos I. von Spanien und hebt die Immunität des Abgeordneten Le Pen auf.

Allgemeine Angelegenheiten

5. Oktober: In Luxemburg beraten die Außenminister der Union über die Erweiterung, den Kampf gegen Kinderpornographie, den erneuten Beitrittsantrag Maltas, die Russische Föderation, den Westbalkan sowie über Myanmar und Lettland.

Europa-Konferenz

6. Oktober: In Luxemburg findet die erste Ministertagung im Rahmen der Europa-Konferenz statt. Auf der Konferenz, an der die Schweiz, nicht jedoch die Türkei zugegen ist, geht es vor allem um die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, die regionale Zusammenarbeit in Umweltfragen sowie die Lage im Kosovo und in Albanien.

Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)

6. Oktober: In Luxemburg findet die zehnte Tagung des EWR-Rates statt. Dabei geht es um die Erörterung der Beschlußfassung bezüglich der Einbeziehung der gemeinschaftlichen Rechtsakte in das EWR-Abkommen, die Unterrichtung der dem EWR angehörenden EFTA-Staaten über die Entwicklung des Erweiterungsprozesses sowie die Aufrechterhaltung des Finanzmechanismus.

Umwelt

6. Oktober: Zentrale Tagesordnungspunkte der Sitzung der Umweltminister der Gemeinschaft in Luxemburg sind die Gemeinschaftsstrategie im Bereich der Klimaänderungen, die Gemeinschaftsstrategie zur Minderung der CO-2-Emissionen von Personenkraftwagen sowie Umwelt und Beschäftigung.

EU – Europarat

7. Oktober: In Straßburg findet die zwölfte Vierertagung EU-Europarat statt. Die Parteien ziehen eine Bilanz der Zusammenarbeit der zwei Organisationen und führen einen Meinungsaustausch über aktuelle politische Fragen in Europa sowie über das bevorstehende Inkraft-

treten eines Rahmenübereinkommens des Europarates über den Schutz der nationalen Minderheiten.

Wirtschaft und Finanzen

12. Oktober: Die Wirtschafts- und Finanzminister der EU beraten in Luxemburg unter anderem über die Haushaltsordnung, die Umsetzung des Stabilitätspaktes, das Konvergenzprogramm Griechenlands, die Agenda 2000 sowie über die Jahrestagung mit den Ministern der EFTA-Staaten.

EU – Japan

12. Oktober: In Tokyo findet die Ministertagung EU-Japan statt. Zentrales Thema ist die Wiederherstellung des Vertrauens in die japanische Wirtschaft durch zahlreiche Reformmaßnahmen. Die Kommission weist außerdem darauf hin, daß sowohl die Deregulierung und die strukturelle Wirtschaftsreform in Japan beschleunigt werden müssen. Ferner schlägt sie vor, Konsultationen auf bilateraler Ebene im Rahmen des ASEM-Prozesses abzuhalten.

Forschung

13. Oktober: Die für Forschungsfragen zuständigen Minister beraten in Luxemburg. Dabei geht es vor allem um das Fünfte Rahmenprogramm für den Bereich Forschung, die internationale Rolle der Gemeinschaftsforschung, um Euratom, um die Lebensqualität und Bewirtschaftung von Ressourcen des Ökosystems.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

15./16. Oktober: Der WSA kommt zu seiner 358. Plenartagung zusammen und wählt dabei Frau Rangoni Machiavelli zu seiner Präsidentin und den Belgier Piette zu seinem Vizepräsidenten. Nach einer Aussprache nimmt der WSA Stellungnahmen an zu Verbrauchssteuern auf Tabak, zum Gemeinschaftsprogramm Leonardo da Vinci, zur Festlegung gemeinsamer Regeln für den kombinierten Güterverkehr sowie zur Entschädigung von Milcherzeugern.

EU – Ukraine

16. Oktober: In Wien findet der Gipfel EU-Ukraine statt. Zentrales Thema sind die Auswirkungen der Krise in der Russischen Föderation auf die Ukraine, die bilaterale Zusammenarbeit sowie Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik.

Europäisches Parlament (EP)

19.-23. Oktober: In Straßburg tagt das EP. Wichtigstes Thema der Sitzung ist die Aussprache über den Haushaltsplan 1999 in erster Lesung. Daneben behandeln die Abgeordneten auch die Frage nach der politischen Zukunft der EU und beglückwünschen ferner die Friedensnobelpreisträger Hume und Trimble. Das EP nimmt Entschließungen an zur wirtschaftlichen Instabilität in Lateinamerika, zur Festnahme von General Pinochet, zum Entwurf des EGKS-Funktionshaushaltsplans für 1999 sowie zur Gemeinschaftsstrategie zur Erhaltung der Artenvielfalt.

Landwirtschaft

19./20. Oktober: Tagung der Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft in Luxemburg. Die wichtigsten Tagesordnungspunkte der Beratungen sind der Agrarteil der Agenda 2000, Wein, die agromonetäre Regelung sowie die Resistenz gegen die in der Landwirtschaft eingesetzten Antibiotika.

Fischerei

22. Oktober: Die fünfzehn EU-Minister für Fischereifragen beraten in Luxemburg zu den Themen: Treibnetze; Zollkontingent für Thunfisch; Zukunft der Strukturpolitik im Fischereisektor; Kontrollregelung für die gemeinsame Fischereipolitik; Kosten-Nutzen-Analyse mit Blick auf die Fischereiabkommen mit Drittländern.

GASP / Guinea-Bissau

22. Oktober: Anläßlich der Wiederaufnahme der Kampfhandlungen in Guinea-Bissau stellen die Fünfzehn in einer Gemeinsamen Erklärung mit tiefer Besorgnis fest, daß die Zivilbevölkerung erneut aus der Hauptstadt flieht. Sie appellieren an die Konfliktparteien, die Kämpfe einzustellen und den bereits geschlossenen Waffenstillstand einzuhalten.

EU – Kanada

22. Oktober: Ministertagung EU-Kanada in Wien. Die Parteien erörtern den 1996 festgelegten

Aktionsplan und die bislang erzielten Fortschritte bei dessen Umsetzung. Außerdem sprechen sie über neue Kooperationsbereiche im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe.

Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)

22./23. Oktober: In Luxemburg findet zunächst die konstituierende und schließlich die ordentliche Tagung des beratenden EGKS-Ausschusses statt.

Allgemeine Angelegenheiten

26. Oktober: Die Außenminister der EU kommen in Luxemburg zu einer Tagung zusammen. Die wichtigsten Punkte der Beratungen sind die Lage in Myanmar sowie die Regionen auf dem Westbalkan.

Arbeit und Soziales

27. Oktober: Die fünfzehn Arbeits- und Sozialminister der EU beraten in Luxemburg über die Vorbereitungen der Tagung des Europäischen Rates in Wien, über die Einsetzung des Ständigen Ausschusses für Beschäftigungsfragen, über die Arbeitnehmerbeteiligung innerhalb der Europäischen Aktiengesellschaft sowie über die Gefährdung aufgrund explosionsfähiger Atmosphäre und die soziale Sicherheit für Studenten, die in einem anderen Mitgliedstaat studieren.

EU – Russische Föderation

27. Oktober: Auf dem Gipfeltreffen EU-Russische Föderation in Wien beraten die Vertreter der EU mit ihren Amtskollegen aus Rußland die wirtschaftliche Lage in Rußland, die wirtschaftlichen Perspektiven in der EU und die Vorbereitung der Gemeinschaft auf die Euro-Einführung sowie die Osterweiterung der EU.

EU – Bulgarien

27. Oktober: In Luxemburg tagt der Assoziationsrat EU-Bulgarien und zieht eine Bilanz der von Bulgarien vorgenommenen Maßnahmen zur Vorbereitung seines Beitritts in die EU.

EU – Golfkooperationsrat (GCC)

27. Oktober: In Luxemburg findet die achte Tagung des gemeinsamen Rates für die Zusammenarbeit zwischen dem GCC und der EU statt. Dabei einigen sich beide Parteien darauf, den Verhandlungen über ein neues Freihandelsabkommen neue Impulse zu verleihen und auf beiden Seiten Vorschläge zur Verbesserung der Investitionsbedingungen auszuarbeiten.

GASP / Kosovo

27. Oktober: In einer Gemeinsamen Erklärung äußern die Fünfzehn erneut ihre tiefe Besorgnis über die Lage im Kosovo und die Not der Zivilbevölkerung, der Flüchtlinge und der Vertriebenen. Sie machen deutlich, daß sie Überlegungen anstellen werden, wie die EU zur Durchführung von vertrauensbildenden Maßnahmen im Kosovo beitragen kann.

November

Verbraucherschutz

1. November: Die für Verbraucherschutz zuständigen Minister der Gemeinschaft tagen in Brüssel. Die wichtigsten Themen sind die Verbraucherdimension der Informationsgesellschaft sowie die Gebrauchsanleitung für technische Konsumgüter.

EU – Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika (SADC)

3./4. November: In Wien findet die dritte Ministerkonferenz EU-SADC statt. Im Mittelpunkt der Konferenz stehen die politische Lage in Afrika sowie die Ausarbeitung von zukünftigen Kooperationsfeldern.

Europäisches Parlament (EP)

4./5. November: Die Mitglieder des EP kommen in Brüssel zu einer zweitägigen Plenartagung zusammen, in deren Mittelpunkt die Erweiterung und die Haftung für fehlerhafte Produkte sowie Kultur- und Bildungsfragen stehen. Es nimmt ferner Entschließungen an zur Mitteilung der Kommission „Partnerschaft für Integration" sowie zum Kommissionsbericht zu den Maßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen.

Allgemeine Angelegenheiten

9. November: In Brüssel beraten die EU-Außenminister. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Themen: Russische Föderation; Verhandlungen mit der Schweiz; Friedensprozeß im

Nahen Osten; Westbalkan; Region der Großen Seen; Irak.

GASP / Irak

9. November: In einer Gemeinsamen Erklärung verurteilen die Fünfzehn die Ankündigung des Irak, zukünftig jede Zusammenarbeit mit der UNSCOM einzustellen und weisen darauf hin, daß sie alle Anstrengungen unternehmen werden, um eine tatsächliche Durchsetzung aller gegen das Land verhängten Sanktionen zu erreichen.

Binnenmarkt

9. November: Tagung der fünfzehn Binnenmarktminister in Brüssel. Auf der Sitzung behandeln die Minister den Aktionsplan für den Binnenmarkt sowie die Themen Seilbahnen für den Personenverkehr, Vereinfachung der Rechtsvorschriften, Reifen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern, öffentliches Auftragswesen, kommerzielle Kommunikation, Partnerschaft Europa-Mittelmeer und Binnenmarkt.

Europa-Konferenz

10. November: In Brüssel beginnt die zweite Verhandlungsrunde im Rahmen der Europa-Konferenz mit den sechs potentiellen Beitrittskandidaten. Die Beratungen beschränken sich auf die Kapitel Wissenschaft und Forschung, Telekommunikation und Informationstechnologie, allgemeine und berufliche Bildung und Jugend, Kultur und audiovisuelle Politik, Industrie, kleinere und mittlere Unternehmen sowie Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

EU – Ungarn

10. November: In Brüssel tagt der Assoziationsrat EU-Ungarn über die Fortschritte bei der Vorbereitung Ungarns im Hinblick auf den anvisierten Beitritt, über die Entwicklung der bilateralen Beziehung im Rahmen des Europa-Abkommens sowie über Fragen von gemeinsamem Interesse.

EU – Polen

10. November: Der Assoziationsrat EU-Polen tagt in Brüssel. Dabei geht es um die bislang erzielten Fortschritte Polens bei seinen Beitrittsvorbereitungen sowie um internationale Fragen von gemeinsamen Interesse.

EU – Tschechische Republik

10. November: Auf der Tagung des Assoziationsrates EU-Tschechien in Brüssel geht es ausschließlich um die Prüfung der Fortschritte Tschechiens im Hinblick auf seinen Beitritt zur EU.

Klimaänderungen

11.-13. November: In Buenos Aires findet die vierte Tagung der Parteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen statt. In Anwesenheit von Kommissionsmitglied Bjerregard und dem amtierenden Ratspräsidenten Bartenstein wird auf der Konferenz ein zeitlich festgelegter Aktionsplan verabschiedet, der die Finanzierungsmechanismen und den Technologietransfer mit den Entwicklungsländern betrifft.

Gesundheit

12. November: Auf der Tagung der Gesundheitsminister der EU in Brüssel geht es um die Task Force Vereinigte Staaten/EU, um die Begrenzung der Exposition der Bevölkerung gegenüber elektromagnetischen Feldern, um homöopathische Arzneimittel, um die Bekämpfung des Tabakkonsums sowie um die mikrobiologische Bedrohung.

Indien

13. November: Die Troika der EU stattet der indischen Regierung im Rahmen der fünften Ministertagung EU-Indien einen Besuch ab. Neben der Erörterung von Handels- und Investitionsfragen beraten die Parteien auch über bilaterale, regionale und internationale Fragen und beschließen, den Dialog über bilaterale und multilaterale Fragen fortzusetzen und einen Wirtschaftsdialog auf hoher Ebene aufzunehmen.

Energie

13. November: Die Energieminister der Gemeinschaft beraten in Brüssel über das mehrjährige Rahmenprogramm im Energiesektor, über die Programme ETAP, Synergy, Carnot und SURE sowie über die Mindestvorräte an Öl und den rationellen Energieeinsatz.

Europäisches Parlament (EP)

16.-20. November: Plenartagung des EP in Straßburg. Im Mittelpunkt der Sitzung steht die Debatte um die Agenda 2000, die sogenannte MED-Affäre, die Lage in Mittelamerika, der Friedensprozeß im Nahen Osten, der Bericht des Europäischen Rechnungshofes sowie der feierliche Empfang des polnischen Staatspräsidenten Kwasniewski.

Industrie

16. November: Tagung der Industrieminister der fünfzehn EU-Staaten in Brüssel. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Themen: Umstrukturierung der Stahlindustrie; Eichung; Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie; Wettbewerbsfähigkeit der Recycling-Industrie.

Kultur und audiovisuelle Medien

17. November: Die für Kultur- und audiovisuelle Medien zuständigen Minister der EU beraten in Brüssel insbesondere über die Verlängerung der Programme Ariane und Kaleidoskop, über das Rahmenprogramm im kulturellen Bereich sowie über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Ausschuß der Regionen (AdR)

18./19. November: In Brüssel findet die 26. Plenartagung des AdR statt. In Anwesenheit von Kommissionsmitglied Flynn, der darauf hinweist, daß der Vertrag von Amsterdam große Fortschritte in der Beschäftigungspolitik ermögliche, nimmt der AdR Stellungnahmen an zu den Kohäsionsfonds, zu den strukturpolitischen Instrumenten zur Vorbereitung auf den Beitritt, zu den Gemeinschaftsprogrammen Sokrates, Leonardo da Vinci und Jugend sowie zum Friedensprozeß im Baskenland.

Arbeit und Soziales

20. November: Auf der Tagung der fünfzehn Arbeits- und Sozialminister der EU in Brüssel geht es ausschließlich um die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates in Wien.

GASP / Burundi

20. November: In einer Gemeinsamen Erklärung äußern sich die Fünfzehn zutiefst beunruhigt über die Übergriffe und Gewalttätigkeiten gegen Zivilisten in Burundi. Sie fordern alle Konfliktparteien dazu auf, sämtliche Angriffe gegen die Zivilbevölkerung einzustellen und das humanitäre Völkerrecht zu achten und Maßnahmen zur Gewährleistung des Friedens zu ergreifen.

Wirtschaft und Finanzen

23. November: Die Wirtschafts- und Finanzminister der EU beraten in Brüssel über die Bekämpfung von Euro-Fälschungen, über Euro-Sammlermünzen, über effektives Finanzmanagement sowie über Betrugsbekämpfung und die Vorbereitung der dritten Stufe der WWU.

GASP / Türkei

21./23. November: In einer Gemeinsamen Erklärung drücken die Fünfzehn Italien ihre volle Solidarität im Fall Öcalan aus und bekräftigen erneut, daß sie die Terrorakte der PKK verurteilen.

EU – AKP

23.-25. November: In Stockholm findet die Konferenz über den „Dialog zur Förderung der Demokratisierung: Neuausrichtung der Partnerschaft EU-AKP im 21. Jahrhundert" statt. Zentrales Ziel der Tagung ist es, konkrete Maßnahmen zur stärkeren Unterstützung der Demokratisierung in die Entwicklungszusammenarbeit auszuarbeiten und einzubringen.

Landwirtschaft

23./24. November: In Brüssel tagen die Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft. Zentrale Tagesordnungspunkte sind die Agenda 2000 sowie eine Aussprache über Saatgut.

Haushalt

24. November: Die für Haushaltsfragen zuständigen Minister der EU beraten in Brüssel über das Haushaltsverfahren sowie über die Konzertierung über die achte Serie der Änderungen der Haushaltsordnung.

Jugendfragen

26. November: In Brüssel beraten die für Jugendfragen zuständigen Minister der Gemeinschaft über das gemeinschaftliche Jugendaktionsprogramm und über die Mitbestimmung von jungen Menschen.

Telekommunikation

27. November: Die Telekommunikationsminister der Union tagen in Brüssel. Dabei geht es ausschließlich um den elektronischen Datenaustausch zwischen Verwaltungen.

Entwicklung

30. November: Tagung der für Entwicklungspolitik zuständigen Minister der EU in Brüssel. In Anwesenheit von Kommissionsmitglied Bonino beraten die Minister über die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit beim Friedensprozeß, über die Förderung eines nachhaltigen Tourismus, über den Hurrikan Mitch sowie über die Situation in Arusha.

Verkehr

30. November - 1. Dezember: Die fünfzehn Verkehrsminister der Gemeinschaft tagen in Brüssel und beraten über den kombinierten Verkehr, das Eisenbahnpaket, das Abkommen mit der Schweiz, die Eurovignette, den Bericht an den Europäischen Rat von Wien und über die technischen Vorschriften für Binnenschiffe.

Dezember

Wirtschaft und Finanzen

1. Dezember: Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister der Gemeinschaft in Brüssel zu den Themen Besteuerung von Zinserträgen, Zusammensetzung und Satzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses, Transeuropäische Netze; Stabilitätsprogramm der Niederlande, Wiederaufbaubemühungen in Lateinamerika.

Wirtschaft und Finanzen / Arbeit und Soziales

1. Dezember: In Brüssel tagen die Wirtschafts- und Finanzminister der Gemeinschaft zusammen mit ihren Kollegen aus den Arbeits- und Sozialressorts über die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates in Wien sowie über die Europäische Investitionsbank und die Beschäftigung.

Arbeit und Soziales

1./2. Dezember: Auf der Tagung der Arbeits- und Sozialminister der Gemeinschaft geht es vor allem um folgende Themen: Leitlinien für Beschäftigung; Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene und Mutagene bei der Arbeit; Sicherheit der Arbeitnehmer, die durch explosionsfähige Atmosphäre gefährdet werden können; alternierende europäische Berufsbildungsabschnitte.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

2./3. Dezember: In Oslo findet die Tagung des OSZE-Ministerrates statt. Dabei fassen die Parteien Beschlüsse über die Vollendung der Europäischen Sicherheitscharta im Jahr 1999 und geben eine Erklärung zu Jugoslawien ab. In dieser weisen sie darauf hin, daß eine Wiedereingliederung Jugoslawiens in die OSZE nur vollzogen werden kann, wenn das Kosovo-Abkommen durchgeführt und eine langfristige politische Lösung der Kosovo-Frage erzielt werden kann.

Europäisches Parlament (EP)

2./3. Dezember: Plenartagung des EP in Brüssel. Im Mittelpunkt der Debatte steht die Fragestunde, in der das Parlament die Kommission befragt sowie die Debatte über die Vorbereitung des Europäischen Rates von Wien, die Berichte zu den Beitrittsstrategien der fünf Länder Mittel- und Osteuropas und das künftige Statut der Abgeordneten des Europäischen Parlamentes.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

2./3. Dezember: 359. Plenartagung des WSA. In Anwesenheit des Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Duisenberg, nimmt der WSA Stellungnahmen an zu elektronischen Signaturen, zum Abbau der Ozonschicht, zur Kennzeichnung gefährlicher Stoffe, zum Kraftstoffverbrauch, zu den Geschwindigkeitsmessern, zum Schutz von jungen Meerestieren sowie zum Mehrjahresschema allgemeiner Zollpräferenzen.

Justiz und Inneres

3./4. Dezember: Die Justiz- und Innenminister der Union tagen in Brüssel. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen Eurodac; die Bestechung im privaten Sektor; Prävention organisierter Kriminalität; Bekämpfung der Kinderpornographie; Aufbau des Zollinformationssystems; Aktionsplan zum Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.

Bildung

4. Dezember: Die Bildungsminister der Union beraten in Brüssel über das Leonardo da Vinci-Programm sowie über die Programme Socrates und Tempus III.

Allgemeine Angelegenheiten

6./7. Dezember: Die fünfzehn Außenminister der EU tagen in Brüssel. Dabei geht es unter anderem um die Erweiterung der EU, die Russische Föderation, Menschenrechte, die Task-Force Asyl und Migration, den Friedensprozeß im Nahen Osten, den Westbalkan und die allgemeinen Zollpräferenzen.

Binnenmarkt

7. Dezember: Auf der Tagung der für Binnenmarktfragen zuständigen Minister der EU geht es in Brüssel hauptsächlich um die vierte Kraftfahrzeughaftpflicht-Richtlinie und um die Haftung für fehlerhafte Produkte.

Haushalt

8. Dezember: Treffen der fünfzehn Haushaltsminister der EU in Brüssel. Tagesordnungspunkte der Beratungen sind die Zusammenkunft mit dem Europäischen Parlament und der Nachtrags- und Berichtigungshaushaltsplan.

Menschenrechte

10. Dezember: In Wien findet anläßlich des 50. Jahrestages der Annahme der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte unter Vorsitz des österreichischen Bundespräsidenten Klestil ein Festakt statt. Anläßlich dieser Feier gibt der Rat eine Erklärung ab, in der er auf die Verpflichtung der weiteren Durchsetzung und Wahrung der Menschenrechte hinweist.

GASP / Bulgarien

11. Dezember: In einer Gemeinsamen Erklärung begrüßen die Fünfzehn die vom bulgarischen Parlament verabschiedete Änderung des bulgarischen Strafgesetzbuches, mit der die Todesstrafe am 10. Dezember abgeschafft worden ist.

Europäischer Rat

11./12. Dezember: In Wien findet zum Abschluß der österreichischen Ratspräsidentschaft der Europäische Rat statt. Die Staats- und Regierungschefs der EU legen die sogenannte „Wiener Strategie für Europa" vor, welche ein Arbeitsprogramm der EU für 1999 festlegt. Ferner kommen sie überein, die Verhandlungen über die Agenda 2000 im März 1999 endgültig zu beschließen und billigen desweiteren die beschäftigungspolitischen Leitlinien für 1999. Sie legen sich darauf fest, die Konvergenz der beschäftigungspolitischen Maßnahmen im Hinblick auf die Ausarbeitung eines europäischen Beschäftigungspaktes zu verstärken. Auf der Tagung wird Helmut Kohl der Titel „Ehrenbürger Europas" verliehen.

Landwirtschaft

14./15. Dezember: Die fünfzehn Landwirtschaftsminister der Union beraten in Brüssel. Die Themen des Treffens sind die agromonetäre Regelung, das Risikomaterial, Antibiotika, Saatgut, viehseuchenrechtliche Fragen beim innergemeinschaftlichen Handel sowie die Forststrategie.

Europäisches Parlament (EP)

14.-18. Dezember: Das EP kommt zu seiner Plenartagung in Straßburg zusammen und berät insbesondere über den Haushalt, die Menschenrechte und den Europäischen Rat von Wien. Das EP nimmt Entschließungen an zu den Menschenrechten in der Welt für die Jahre 1997-1998, zur Menschenrechtspolitik der EU sowie zur Kommissionsmitteilung „Die Menschenrechte in den Außenbeziehungen der EU: Von Rom zu Maastricht". Ferner verleiht EP-Präsident Gil-Robles dem Präsidenten der Kosovo-Albaner, Ibrahim Rugova, den Sacharow-Preis 1998 für die Freiheit des Geistes.

Fischerei

17./18. Dezember: Die für Fischereifragen verantwortlichen Minister der Gemeinschaft beraten in Brüssel. Unter anderem sprechen sie über die zulässigen Gesamtfangmengen für 1999, die Kontrollregelung für die Gemeinsame Fischereipolitik sowie über zahlreiche Maßnahmen zur Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischbestände in verschiedenen Meeresregionen.